

Bezahlbare Miete statt fatter Rendite!





Jetzt liegt sie hinter uns, die »Linke Woche der Zukunft« mit ihren ebenso spannenden wie anregenden Veranstaltungen. Vier Tage lang trafen sich Genossinnen und Genossen, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Interessierte in den Räumen des ND-Gebäudes, um über das zu reden, was uns alle angeht: die Zukunft. Es war eine Konferenz, die zeigte,

dass es lebenswerte Alternativen zum Kapitalismus gibt. Auf den Seiten 8 bis 10 präsentiert der DISPUT Eindrücke und Bilder von der Linken Woche. Sehr interessant finde ich auch das Interview mit dem Seeretter Claus-Peter Reisch, in dem der Kapitän schildert, wie dramatisch die Situation auf dem Mittelmeer ist. Das ganze Gespräch findet ihr auf den Seiten 14 und 15. Axel Troost schreibt in einem lesenswerten Beitrag auf den Seiten 16 und 17, warum Griechenland auch nach Ende der Finanzhilfeprogramme nicht aus dem Schneider ist. Wenn ihr mal selbst vor Ort mit Genossinnen und Genossen ein Straßenfest organisieren wollt, dann gibt es für euch wichtige Tipps auf Seite 21. Warum und wie DIE LINKE in Sachsen die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten und wichtige Wahlkampfthemen per Mitgliederentscheid ermitteln

lässt, lest ihr auf Seite 26. In seiner Kolumne auf Seite 27 beschäftigt sich Jens Jansen mit der Frage, wo all die Nazis hergekommen sind, die jetzt durch Chemnitz oder Köthen marschieren und dort Jagd auf Migranten, Linke und Journalisten machen. Ich persönlich habe auch den aktuellen DISPUT wieder mit großem Gewinn gelesen!

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Bürgerdialog, Medien, Öffentlichkeitsarbeit (BMÖ) in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

DISPUT 10/2018

VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER

PFLEGEKAMPAGNE

Unterwegs mit Petra 4

HERBSTOFFENSIVE

Bernd Riexinger ist kämpferisch 6

ZUKUNFTSWOCH

Eindrücke von der Konferenz 8

FREIFAHRT IM BUS

Sabine Leidig will Tickets abschaffen 11

LOBBYSHOW

Caren Lay zum Mietengipfel 12

SEENOTRETTUNG

Ein Kapitän spricht Klartext 14

DEMONSTRATION

Wir sind #unteilbar 18

MALI

Auf dem Weg in die neue Krise 19



JEDEN MONAT
AUS DEM HAUS 5
PRESSEDIENST 24
DAS KLEINE BLABLA 25
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
OKTOBERKOLUMNE 31

KOMMUNALPOLITIK

Hilfe wird professioneller 20

PARTEI VOR ORT

Straßenfest selbstgemacht 21

FAMILIENSACHE

Hier sind alle Parteimitglied 22

KONTROLLVERLUST

Mitgliederentscheid in Sachsen 26

REGIERUNGSZOZIALISTEN

Wie die SPD die Revolution verriet 28

DIE BESONDERE SEITE

Marx im 21. Jahrhundert 32

Foto: Martin Heinlein

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin. **REDAKTION** Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de. **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell. **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin. **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00. **ISSN** 0948-2407. **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 10:** 17. September 2018. DISPUT 11/2018 erscheint am 18. Oktober.

Marek, was ist für dich linke Jugendpolitik?



Foto: Michael Weinreich

Linke Jugendpolitik ermutigt Jugendliche dazu, selbst tätig zu werden und sich für eine gerechtere Welt einzusetzen. Ihr ist Mitbestimmung sehr wichtig. **Warum bist du mit gerade einmal 15 Jahren der LINKEN beigetreten?** Ich habe ziemlich früh gemerkt, dass gewisse Probleme politisch zu lösen sind, was vor allem mit der unsozialen Agenda 2010 zu tun hat. Als Kind ist es für mich nie selbstverständlich gewesen, in den Auslandsurlaub zu fahren. Vor allem im Osten merkt man Ungerechtigkeit. Die Löhne sind viel zu niedrig. **Ist DIE LINKE offener für junge Mitglieder als andere Parteien?** Andere Parteien haben mich eigentlich nie so wirklich interessiert, daher kann ich schlecht vergleichen. **Macht die Partei jungen Mitgliedern genügend Angebote oder siehst du Nachbesserungsbedarf?** Das hat viel mit der Arbeit unserer Genossinnen und Genossen vor Ort zu tun. Wenn es andere junge Mitglieder gibt, kann das schon sehr helfen. Andererseits ist es auch wichtig, dass man erfahrene Genossinnen und Genossen hat, die einem viel erklären können. Das variiert sicherlich je nach Kreisverband. **Wie läuft die Zusammenarbeit mit älteren Genossinnen und Genossen?** Ausgezeichnet. Viele Ältere sind sehr diskutierfreudig und offen für neue Sichtweisen. **Oft heißt es, die Generation der unter 30-Jährigen sei entpolitisiert. Bist du eine Ausnahme?** In meinem Umfeld bin ich definitiv eine Ausnahme. Doch die neo-liberale Politik der letzten Jahre hat einiges geändert. Soziale Ungerechtigkeit ist sichtbarer geworden. In der Schule wird man hauptsächlich zur Arbeitsmaschine für die Wirtschaft getrimmt. Was man eigentlich kann, geht unter. Und wenn der Meeresspiegel weiter steigt, kommt bei immer mehr Jugendlichen der Punkt, wo sie politisch aktiv werden.

Marek Lipp wohnt im brandenburgischen Bernau und ist bereits mit 15 Jahren der LINKEN beigetreten

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Unterwegs mit Petra

In Nordrhein-Westfalen gab es viel Zuspruch für unsere Kampagne zum Pflegenotstand

VON KATHARINA KIRCHHOFF

Es ist ein kühler Regentag in einem viel zu heißen Sommer. Der erste Stopp der NRW-Sommertour im Rahmen der Kampagne »Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen!« ist in Bielefeld. Schon beim Aufbau sammeln sich Interessierte an unserem Infostand. Die Menschen drängeln sich um das Infomaterial und die Unterschriftenlisten. Wir hören zum ersten Mal den Satz, der auch den Rest der Tour prägen wird: »Wo kann ich unterschreiben?«

Es gibt einen strengen Zeitplan: 18 Städte in Nordrhein-Westfalen in knapp zwei Wochen. Zudem gibt es in diesem Sommer auch noch von den Landesverbänden der LINKEN selbstorganisierte Pflege-Touren durch Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Ohne den engagierten Einsatz der Kreisverbände wäre das nicht möglich. In jeder Stadt werden wir von Mitgliedern erwartet. Der Aufbau der vier Meter hohen »sechssarmigen Petra« ist dabei die größte Herausforderung. Der Rest läuft. »Im Kreisverband Unna ist es gelungen, zehn von 130 Mitgliedern für diese Veranstaltung auf dem Marktplatz zu mobilisieren«, sagt Friedhelm Schaumann, Sprecher des Kreisverbandes Unna.

Das habe positive Effekte auf den Zusammenhalt der Kreisverbände, so Schaumann.

Die aktiven Mitglieder haben richtig Lust auf die Aktion. Natürlich ist Petra ein Blickfang, besonders auf den Marktplätzen der kleineren Städte. Doch es sind die Menschen hinter dem Stand, die überzeugen. Und sie sind kreativ dabei. Manche bringen Lautsprecher mit. So schallen unsere Forderungen durch die Bielefelder Innenstadt. In Dinslaken sind sie als Ärztin und Krankenschwester verkleidet und verteilen Flyer. Aus dem Lautsprecher erklingen Sirengeräusche, hektische Stimmen: »Schwester Petra, bitte in die Notaufnahme!«

Das lockt Passantinnen und Passanten an den Infostand. Sie wollen nicht nur unterschreiben, sie wollen auch erzählen. Viele, die zu uns kommen, arbeiten selbst in Pflegeberufen. Sie sind dankbar, am Infostand ernst genommen zu werden, wenn sie sagen: »Ich kann nicht mehr!«. Wir müssen ihnen nicht viel erklären. Die Leute wissen, was falsch läuft. Und sie wollen, dass sich etwas ändert. Schnell wird deutlich, wie sehr die Menschen über dieses Thema re-

den möchten. Simon Knapp, gelernter Gesundheits- und Krankenpfleger, ist aktiv in der Pflegekampagne. Er bringt es auf den Punkt: »In unserer schnelllebigen Gesellschaft haben Krankheit und Tod keinen Platz in öffentlichen Debatten.« Dass die Probleme in der Pflege von der Politik lange totgeschwiegen wurden, löst auch Resignation aus. So fragt eine Frau in Oberhausen, was ihre Unterschrift verändern könne. Es bliebe ja ohnehin alles beim Alten. Sofort springt eine aktive Genossin ein. »Es hat sich doch schon was bewegt!«, erklärt sie. Da hat sie Recht. Dank der unermüdlichen Arbeit von Genossinnen und Genossen, der Gewerkschaften und der Beschäftigten, die überall im Land streiken und protestieren, konnten erste Erfolge verbucht werden.

Gesundheitsminister Spahn kann den Pflegenotstand nicht länger ignorieren. Im aktuellen Entwurf zum »Pflegepersonalstärkungsgesetz« kündigt die Bundesregierung an, dass Krankenhäuser ab dem nächsten Jahr zusätzliches Geld für dringend benötigte Stellen in der Pflege bekommen sollen. Die Pflegepersonalkosten werden erstmalig wieder aus den Fallpauschalen herausgenommen und nach dem Selbstkostenprinzip finanziert. Ein erster Schritt weg von der Profitlogik im Gesundheitswesen. Natürlich ist einiges an diesem Gesetz zu kritisieren. Eine bedarfsgerechte Pflegepersonalabmessung ist im Entwurf nicht vorgesehen. Außerdem darf sich der Personalschlüssel nicht an den am schlechtesten ausgestatteten Stationen orientieren. Darum sind Aktionen wie die Pflege-Sommertour wichtig. Denn so schön es auch ist, erste Erfolge verkünden zu können: Wir müssen dranbleiben, Präsenz zeigen, Gespräche führen, Unterschriften sammeln und das vor Ort, egal ob Großstadt oder Dorf. Nur so können wir auch die Menschen erreichen, die der Politik mittlerweile nur noch mit Resignation begegnen. ◀

Auch in Herford war der Stand gut besucht.
Foto: DIE LINKE



Es sind bewegte Zeiten: Der braune Mob marschiert, erst in Chemnitz dann in Köthen. Erschütternde Todesfälle junger Menschen dienen als Vorwand für eine rechte Mobilisierung. Auf angeblichen Trauermärschen kann man ungehindert von Politik und Sicherheitsbehörden den Hitlergruß zeigen und auf Menschenjagd gehen, unterstützt von den beiden rechtspopulistischen Parteien AfD und CSU. Es wird geleugnet, gelogen und kleingeredet.

Der Zeitgeist rückt nach rechts. In der öffentlichen Debatte, im Parlament und auf der Straße. Wir sind mehr denn je alle aufgerufen, uns entschlossen und geschlossen dem rechten Mob entgegenzustellen. Es kommt mehr denn je darauf an, Haltung und Standfestigkeit in Wort und Tat zu beweisen. Doch wir haben nicht nur etwas zu verteidigen, sondern wir wollen eine andere Politik und müssen auch Perspektiven für deren Umsetzung aufzeigen.

Schon am 13. Oktober will das Bündnis #unteilbar »Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!« in Berlin auf die Straße gehen. DIE LINKE ist natürlich mit dabei. Doch wir müssen politisch einen langen Atem haben und nicht nur gute und berechnete Forderungen aufstellen, sondern auch mit Hochdruck an deren Umsetzung arbeiten. Es kann nicht so weiter gehen wie bisher. Wir kämpfen für einen Politikwechsel. Wir wollen dabei nicht nur Teil, sondern Ideengeber und Motor eines Politikwechsels sein. Wir wollen nicht nur reagieren, sondern Akteur des Wandels sein. Für eine wirkliche Veränderung brauchen wir fortschrittliche Mehrheiten, um diese müssen wir kämpfen. Denn wir wollen von Veränderung nicht nur reden.

Wer den Weg zur »Linken Woche der Zukunft« fand, konnte dort beobachten, wie eine Gesellschaft aussehen kann, die auf Solidarität statt auf Ausgrenzung und Rassismus setzt.



JÖRG SCHINDLER

DIE LINKE hat Zukunft

Mitglieder, Interessierte, Aktivistinnen und Aktivisten aus allen Altersgruppen und zahlreichen Organisationen versammelten sich, um über die großen Zukunftsfragen zu diskutieren. Die Beteiligung hat unsere Erwartungen übertroffen. Wir gehen hoch motiviert und mit neuen Ideen in die kommenden Wochen und Monate. Die Linke Woche hat gezeigt: Die Partei ist in Bewegung – und zwar in Richtung Zukunft.

Auch der Startschuss für unsere neue Kampagne »Bezahlbare Miete statt fetter Rendite!« mit den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger fiel im Rahmen der Linken Woche. Demo, Kundgebung und Konzert gingen erfolgreich über die Bühne. Wir bleiben an dem Thema dran, das so viele Menschen betrifft, weil die politisch Verantwortlichen jahrzehntelang eine verantwortungslose Politik betrieben haben. Denn Wohnen ist ein Grundrecht, Spekulation mit Wohnraum nicht!

Der Oktober wird für uns eine wichtige und arbeitsreiche Zeit sein. Es stehen die wichtigen Landtagswahlen in Bayern und Hessen an. Unsere Ziele

lassen sich auf die Formel bringen: »In Bayern woll'n wir feiern und in Hessen Bouffier vergessen!« In Bayern wollen wir erstmals in den bayrischen Landtag einziehen und der CSU einen fetten Denkmals verpassen. In Hessen wollen wir mit einer gestärkten Fraktion zum vierten (!) Mal in den Landtag einziehen.

Dafür brauchen wir eure Unterstützung. Neben den Einsätzen im Wahlkampf vor Ort, die über die Landesverbände organisiert werden, hilft uns jeder Euro und jede Plakatspende, um unsere Genossinnen und Genossen vor Ort in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Das ist umso wichtiger, weil DIE LINKE die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien ist, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten annimmt. Denn wir sind – als einzige – nicht käuflich.

Als ich mich im Juni für den Posten als Bundesgeschäftsführer bewarb, wusste ich natürlich noch nicht, was alles auf mich – und vor allem uns – zukommen würde. Es sind in vielerlei Hinsicht bewegte Zeiten und ich freue mich drauf, mit Euch zusammen den Herausforderungen zu begegnen. DIE LINKE muss ihre Rolle als Ideengeber und Motor eines Politikwechsels für soziale Gerechtigkeit und als Bollwerk gegen Rechts erfüllen. Das schaffen wir nur gemeinsam.

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE



Zeit für einen linken Aufbruch

DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die für grundlegende Alternativen zur Politik der Großen Koalition eintritt VON BERND RIEKING



Foto: Jakob Huber

Die Ereignisse in Chemnitz stellen eine politische Zäsur da. AfD, Pegida, Neonazis und rassistisch eingestellte Bürgerinnen und Bürger instrumentalisieren den tragischen Tod eines jungen Mannes, schaffen ein Klima der Angst für Geflüchtete, Migranten und Andersdenkende. Dagegen demonstrieren bundesweit Zehntausende, für die Solidarität mit Geflüchteten, für Seenotrettung statt rechter Hetze. Als LINKE sind wir vor Ort schon dabei.

Am Samstag, 13. Oktober, wollen wir gemeinsam mit weit über Hunderttausend Menschen, mit Gewerkschaften und Initiativen in Berlin bei der bundesweiten Großdemonstration »unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung« ein deutliches Zeichen setzen: »Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt. Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden«, heißt es völlig richtig in dem Aufruf.

Viele Menschen wünschen sich mehr soziale Gerechtigkeit, haben aber wenig Hoffnung darauf, dass sich an der Politik etwas ändern lässt. Das Vertrauen der Bevölkerung in die »Große Koalition« ist zu Recht gering. Nach der von Seehofer insze-

nierten Flüchtlingsdebatte scheinen die Kanzlerin und ihre Minister erstmal ins Sommerloch gefallen zu sein. Seit Wochen zeigt eine Umfrage nach der anderen, dass für die Mehrheit der Menschen die drängendsten Probleme nicht die Geflüchteten sind, sondern fehlende soziale Sicherheit, Armutsrenten, steigende Mieten, fehlende Kitaplätze und der Pflegenotstand. Hier versagt die Regierung völlig. Ebenso beim Klimaschutz. Die SPD fällt auch unter der Führung von Andrea Nahles weiter als glaubwürdige Stimme für soziale Gerechtigkeit aus. Das zeigt der jüngste Vorschlag aus der SPD, das Rentenniveau bis 2040 sichern zu wollen. Schon mit dem jetzigen Rentenniveau droht aber vielen Normalverdienenden die Altersarmut. Der Vorschlag bedeutet, dass die SPD weiterhin nicht zu wirklichen Schritten bereit ist, um Menschen verlässlich vor Altersarmut zu schützen. Für uns als LINKE ist das kein Grund zur Schadenfreude, sondern zur Besorgnis.

Nur wer die sozialen Ursachen des Rechtsrucks, die neoliberale Politik, überwindet, kann eine Entwicklung zu einem deutschen Trumpf verhindern. Angesichts von Altersarmut und Niedriglöhnen, Rechtsruck in Europa und den Folgen der Klimakrise, die auch Migrationsbewegungen auslöst, drängt die Zeit für grundlegen-

de Veränderungen. In den nächsten Monaten wollen wir als Partei daran arbeiten, dass eine gesellschaftliche Bewegung für Solidarität und soziale Gerechtigkeit entsteht, die klare Kante gegen Rassismus und rechte Hetze zeigt. Das Potential dafür in der Gesellschaft ist längst da.

Nur »Austehen« reicht nicht

Mit unserer »Herbstoffensive« für einen linken Aufbruch wollen wir genau das unterstreichen, die Ansätze sozialer Bewegung aktiv unterstützen und deutlich machen: DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die in Initiativen, auf der Straße und im Parlament für eine grundlegende Alternative zum verheerenden »weiter so« der Großen Koalition und zum autoritären Rechtsruck eintritt. Es braucht einen gesellschaftlichen Aufbruch für Gerechtigkeit, Solidarität und Klimaschutz, für eine linke politische Mehrheit.

Wir stellen die Themen in den Mittelpunkt, die den Menschen unter den Nägeln brennen: Höhere Löhne und Renten, die den Lebensstandard sichern. Investitionen in den sozialen Zusammenhalt, in bezahlbare Wohnungen, Kita-Plätze und Schulen. Im September startet unsere bundeswei-

DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die in Initiativen, auf der Straße und im Parlament für eine grundlegende Alternative zum verheerenden »weiter so« der Großen Koalition und zum autoritären Rechtsruck eintritt.

te Kampagne »bezahlbare Miete statt fetter Rendite« für einen Mietenstopp und den Bau bezahlbarer Wohnungen. Ziel ist es, gemeinsam mit bestehenden Initiativen eine bundesweit wirkungsmächtige MieterInnenbewegung aufzubauen. Um linke Alternativen in der Gesellschaft zu stärken, ist der Kampf um eine gerechte Arbeitswelt zentral. Abstiegsängste, Konkurrenzkampf und prekäre Arbeit bilden den sozialen Nährboden, auf dem die Rechtspopulisten stark werden. Dem setzen wir eine klare Alternative entgegen. Es muss normal werden, dass Löhne für ein gutes Leben reichen. Mit einer Initiative für ein »Neues Normalarbeitsverhältnis« wollen wir auch eine stärkere Verankerung in den Betrieben und Gewerkschaften erreichen.

Die Klimakrise lässt uns nicht mehr viel Zeit für das notwendige Umsteuern. Als Partei werden wir in den nächsten Monaten den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur zu einem Schwerpunkt machen. Statt in Panzer muss dringend in kostenfreien öffentlichen Nahverkehr, den Ausbau von Bus und Bahn und die Energiewende investiert werden.

Ein Aufbruch für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Klimaschutz kann nur gelingen, wenn wir mehr Menschen von linken Alternativen überzeugen. In einer solchen Situation erscheint eine sozialdemokratische Sammlungsbewegung, die Druck auf die SPD machen soll, als ein sinnvolles Unterfangen. Aber die bisherige Antwort der Initiative »Aufstehen« auf die gemeinsame Herausforderung ist wenig überzeugend. Wer wiederholt öffentlich für eine Begrenzung von Migration wirbt, stellt die Themen in den Mittelpunkt, die die Rechten stark machen. Wer die Kräfte, die sich gegen rechts engagieren, bündeln will, muss klare Haltung zeigen gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen Rassismus, beides gehört untrennbar zusammen.«

Wenn eine Dynamik in der Gesellschaft entstehen soll, die bereits überzeugte Kreise hinaus wirken kann, müssen diejenigen, die sich gegen steigende Mieten, in Gewerkschaften, für Klimaschutz und Bürgerrechte, für Solidarität im Alltag engagieren, gestärkt werden und ihre Kräfte stärker bündeln. Dafür braucht es eine starke und geeinte LINKE. In dieser gefährlichen gesellschaftlichen Situation sind wir alle gefordert, diese gemeinsam zu stärken und weiter in der Gesellschaft zu verankern. Dazu gehört auch, mehr enttäuschte Sozialdemokraten von der LINKEN zu überzeugen als es bislang gelingt.

Aber: Mit einer Neuauflage von Ideen der Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts, wie sie sozialdemokratische Intellektuelle im Umfeld von »Aufstehen« vertreten, werden wir den »Kampf um die Köpfe« mit den Neoliberalen und den Rechtspopulisten mittelfristig nicht gewinnen können. Zu tief sind die sozialen und ökologischen Verwüstungen, die der Kapitalismus anrichtet. Ein Grund für die Krise der Sozialdemokratie und für den mühevollen Aufbau linker Alternativen ist, dass die wirtschaftlich Herrschen-

den immer weniger bereit sind, soziale Zugeständnisse zu machen. Um den Sozialstaat wiederherzustellen, müssen wir auch die Eigentumsfrage stellen und können schon alleine wegen der international vernetzten Macht des Kapitals nicht alleine auf Alternativen im Rahmen des Nationalstaates setzen. Solche Veränderungen werden erst möglich, wenn Proteste und Streiks – wirkliche Bewegung – mit einer starken politischen Partei, die gesellschaftliche Mehrheiten anspricht, zusammenkommen.

Nie seit der Gründung der LINKEN war die Zeit reifer für die Grundidee der pluralen und geeinten Linken, in der sich Menschen aus ganz unterschiedlichen politischen Traditionen – sozialdemokratischen, christlichen, grünen, feministischen, sozialistischen und kommunistischen – engagieren: Wir streiten für jede soziale Verbesserung innerhalb des Kapitalismus und für eine zeitgemäße demokratisch-sozialistische Alternative. Menschenwürde statt Profite. Die Entwicklungen in der Pflege, auf dem Wohnungsmarkt und die Klimakrise verdeutlichen wie dringend und aktuell dieser Horizont ist. ◀

Gemeinsam auf die Straße für Solidarität und Gerechtigkeit. Foto: Frank Schwarz



Zurück aus der Zukunft

Die »Linke Woche der Zukunft« und die Konferenz »über:Morgen« waren ein voller Erfolg
VON FABIAN LAMBECK

Nun ist die Zukunft bereits Vergangenheit. Vier Tage voller Diskussionen, Workshops, Podien und Theatervorstellungen liegen hinter uns. Wir haben mehr erfahren über Ungleichheit, Feminismus, Spekulation, Austerität, Plattformkapitalismus, neue Klassenpolitik und Ausrüstung. Wir haben neue Perspektiven entwickelt und uns ausgetauscht mit Aktivistinnen und Aktivisten aus anderen Zusammenhängen und Ländern. Wir hatten die US-Amerikanerin Winnie Wong zu Gast, die großen Anteil am Erfolg von Bernie Sanders hat. Gleich mehrere Aktivistinnen und Aktivisten der Momentum-Bewegung, die den linken Labour-Chef Jeremy Corbyn unterstützt, berichteten über Wahlkämpfe und erfolgreiche Kampagnen. Der Präsident der Europäischen Linken, Gregor Gysi, sprach mit »Lifeline«-Kapitän Claus-Peter Reisch über das Sterben im Mittelmeer.

Die Vorsitzende der LINKEN Katja Kipping diskutierte mit der Berliner Landesvorsitzenden Katina Schubert und der Journalistin Nina Scholz über eine digitale Agenda von links als Gegenentwurf zur neoliberalen Vision der Digitalisierung. Ein »Feministisches Labor« agitierte gegen die Macho-Politik von Männern, wie Björn Höcke und Donald Trump. Ziel ihrer politischen Arbeit sei es, so die Organisatorinnen und Organisatoren, nicht nur den Kapitalismus zu überwinden, sondern auch die Vormachtstellung der Männer. Da den Worten gleich Taten folgen sollten, gab es ein Ermächtigungs-Training für Frauen,

»um Ziele zu erreichen, Gegner_innen überzeugen zu können, und sich trotzdem selbst treu zu bleiben«.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt war der Rechtsruck in Politik und Gesellschaft. Der linke Vordenker und Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban suchte mit Partei-Vize Martina Renner nach Strategien gegen Rechts. Der Vorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger kritisierte die »Ablenkungsmanöver der Rechten«, die den realen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit übertünchten mit ihrer Unterscheidung zwischen drinnen und draußen, deutsch und nicht-deutsch. Riexinger, der zusammen mit dem Theaterregisseur Volker Lösch auch sein gerade erschienenes Buch »Neue Klassenpolitik« vorstellte, zeigte sich überzeugt: »Wenn Klassenbewusstsein herrscht, muss man nicht die Flüchtlinge zu Sündenböcken machen.« Er plädierte dafür, am Begriff des Klassenkampfes festzuhalten. Schließlich sei der anderen Seite durchaus bewusst, dass es hier um eine solche Klassenauseinandersetzung gehe.

Klassenkampf 2.0

Nachdenklich stimmende Worte kamen vom Jenaer Soziologen Klaus Dörre, der bereits in den Achtzigerjahren rechte Einstellungen bei westdeutschen Gewerkschaftern erkannte und jetzt warnt, dass solche Einstellungen selbst »im Kern der Gewerkschaften« angekommen seien. So hätten viele den Eindruck, auch

in dieser prosperierenden Phase nicht den ihnen zustehenden Anteil zu erhalten. »Und jetzt kommen die Flüchtlinge«, machte Dörre den Konflikt deutlich.

Ein weiterer Workshop brachte friedenspolitische Akteure zusammen. Dort forderte der erfahrene Friedensaktivist Willi van Ooyen, im Vorfeld der Europawahlen aktiv zu werden, weil die EU massiv aufrüste und ihre Außenpolitik weiter militarisiere. Parteivorstandsmitglied Tobias Pflüger zeigte sich »geschockt«, wie breit der Vorschlag zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht diskutiert wurde. Pflüger erinnerte daran, dass die Wehrpflicht »nur ausgesetzt und nicht abgeschafft ist«. Offenbar hofften hier interessierte Kreise gleich »zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: das Rekrutierungsproblem der Bundeswehr und den Personalnotstand in der Pflege«.

Bereits am Freitag startete DIE LINKE ihre bundesweite Kampagne »Bezahlbare Miete statt fetter Rendite« mit einer Demonstration durch die Berliner Innenstadt. Auf der Abschlusskundgebung forderten zahlreiche Rednerinnen und Redner der LINKEN eine mietenpolitische Wende der Bundesregierung. Die Kampagne erfreut sich großer Beliebtheit: Schon mehr als 150 Kreisverbände haben das neue Kampagnenmaterial bestellt.

Die »Linke Woche der Zukunft« und die zeitgleich am selben Ort stattfindende Konferenz »über:morgen« der Rosa-Luxemburg-Stiftung waren ein voller Erfolg. ◀



Fotos: Martin Heinlein

Befreiung aus der Opferrolle

Die Abschlussveranstaltung des »Feministischen Labors« macht deutlich, dass antikapitalistische Kämpfe auch Kämpfe für Frauenrechte sind **VON KATHARINA KIRCHHOFF**

Die Abschlussveranstaltung des »Feministischen Labors« steht unter dem Motto »Die Zukunft gehört uns«. Ein sehr beruhigender Gedanke in Zeiten, in denen die Trumps und Erdogans dieser Welt mit ihrer anti-sozialen Macho-Politik scheinbar immer salonfähiger werden. Der rechts-konservative Rollback auf allen Ebenen richtet sich auch gegen die Errungenschaften der Frauenrechtsbewegung. Doch es liegt an uns mitzuentcheiden, wohin die Reise gehen wird. Auch vor 100 Jahren wurde den Frauen das Wahlrecht nicht geschenkt. Nein, sie haben es sich erkämpfen müssen. Auch in den kommenden Auseinandersetzungen werden wir Frauen eine zentrale Rolle spielen. Weltweit gehen Feministinnen auf die Straße und fordern ihre Rechte ein.

MARTA DILLON ist argentinische Journalistin und Mitbegründerin des Bündnisses »Ni una menos« (Nicht eine Frau weniger). Sie erzählt, wie Morde an Frauen in Argentinien lange nicht als frauenfeindliche Taten (Femizide) anerkannt wurden. Schlimmer noch: Sie wurden als »Leidenschaftsmorde« verhältnismäßig milde bestraft. Als Gegenprotest formte sich mit »Ni una menos« eine starke Bewegung, die bald auch weitere feministische Forderungen aufgriff. Für Dillon ist der weibliche Körper ein Territorium, das sich gegen das Patriarchat und den Neoliberalismus verteidigen muss. Der Protest wird ständig stärker und für Dillon ist vor allem eines wichtig: »Die Frauen befreien sich dadurch aus ihrer Opferrolle.«

BESIME KONCA, kurdische HDP-Politikerin aus der Türkei, wurde von der Regierung Erdogan das Parlamentsmandat entzogen. Sie lebt jetzt in Deutschland. Konca ist überzeugt, dass der kollektive feministische Protest der Schlüssel des Widerstands ist: »Die kapitalistische Welt führt immer mehr zu einer Individualisierung – auch im Widerstandskampf.



Lebhaft diskutiert wurde auf den Workshops und Panels des Fem-Labs.

Foto: Martin Heinlein

Aber wir glauben, dass der kollektive Weg der Richtige ist. Am Ende will das Patriarchat entscheiden, wie viele Rechte uns zugestanden werden. Es ist deshalb äußerst wichtig, internationalistisch und solidarisch gegen das Patriarchat zu kämpfen.«

Sozial und feministisch

Die Frauen machen deutlich, dass Kapitalismus und Unterdrückung Hand in Hand gehen. **MARGARITA TSOMOU**, Journalistin und Mitherausgeberin des »Missy Magazins«, bringt es auf den Punkt: »Feministische Kämpfe sind keine individuellen Kämpfe, es sind strukturelle Kämpfe. Das Herz der feministischen Frage ist antikapitalistisch.« Sie sagt, die Arbeiterklasse sei heute eine Arbeiterinnenklasse. Global gesehen seien es heute mehrheitlich Frauen, die heute in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig seien. Dennoch werde Feminismus als Identitätsfrage abgetan – irgendwo jenseits der wichtigen sozialen Frage. Die soziale Frage sei aber durch und durch eine Frauenfrage. Tsomou ist über-

zeugt: »Die soziale Frage steckt in jeder von uns drin!«

BETTINA GUTPERL, Geschäftsführerin des SDS und Mitglied im Vorstand der Partei DIE LINKE, ist überzeugt, dass wir viel von den internationalen feministischen Bewegungen lernen können. Sie bedauert zum Beispiel, dass der politische Aspekt des Weltfrauentages am 8. März verloren gegangen sei. Das will sie ändern. Zusammen mit dem Bündnis »Frauen*streik« setzt sie sich dafür ein, dass der Tag repolitisiert wird: »In Spanien, Polen und Argentinien haben es die Frauen vorgemacht – sie streiken am Weltfrauentag. Nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch gegen die vielen Ungerechtigkeiten eines kapitalistischen und patriarchalen Systems. Wir können von diesen Frauen viel lernen. Am 8. März 2019 schließen wir uns deshalb dieser Bewegung an!«

Wie nehmen wir uns also die Zukunft, die uns zusteht? Indem wir zusammenstehen: Solidarisch, international, antikapitalistisch und laut! Oder wie eine der bekanntesten Feministinnen schon sagte: »Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt!« ◀

Freifahrt in Bus und Bahn!

Wer Lebensqualität und Mobilitätsbedürfnisse ernst nimmt, muss Straßenraum und öffentliche Gelder umverteilen **VON SABINE LEIDIG**

Ein Eintrittsautomat am Spielplatz. Wer bei Kontrolle kein Ticket vorweisen kann, der muss ein erhöhtes Nutzungsentgelt zahlen. Und es droht ein Strafverfahren wegen Leistungerschleichung, vielleicht sogar Gefängnis. Absurd? Ja. Aber beim Nahverkehr ist es Realität. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen einem Spielplatz und einem Bus. Die zentrale Frage ist aber, was wir als Gesellschaft damit erreichen wollen und was es uns wert ist. Die gesunde Entwicklung unserer Kinder ist uns wichtig – keine Frage. Ist uns Mobilität für alle auch wichtig? Wollen wir weniger Lärm und Abgase in den Städten? Mehr Platz für Grünflächen, Spielplätze, Straßencafés? Wollen wir die Lebensqualität ins Zentrum rücken?

Wenn wir diese Fragen mit Ja beantworten, heißt das: Stadtbau zugunsten von Spiel-, Erholungs- und Grünflächen. Breite Fußwege, sichere Radwege, Busspuren und begrünte Gleise für Straßenbahnen. Eine massive Ausbauoffensive für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Senkung der Fahrpreise bis hin zum Nulltarif: Das kostet nach einer ersten

Kostenschätzung rund 24 Milliarden Euro jährlich. Viel Geld. Dabei müssen wir nur damit aufhören, das heutige destruktive Verkehrssystem zu finanzieren.

Mindestens 29 Milliarden Euro könnten wir jährlich einsparen, wenn wir nicht weiterhin den Luft-, Lkw- und Pkw-Verkehr sowie die Autoindustrie subventionieren (siehe Grafik). Mit einer engagierten Verkehrswende sinken mittel- bis langfristig zudem die Gesundheits- und Klimafolgekosten.

Auch die Kommunen können viel Geld sparen: Verkehrswissenschaftler der Uni Kassel haben die direkten und externen Kosten der verschiedenen Verkehrsträger verglichen und festgestellt: Der Autoverkehr kostet die Kommunen das Dreifache des ÖPNV! Wer also den Nulltarif für realitätsfern hält, müsste konsequent für eine City-Maut sein. Denn warum sollte es Freifahrt auf den Straßen geben, wenn es die Kommunen 12,2 Cent pro Pkw-Kilometer und sogar 55,9 Cent pro Lkw-Kilometer kostet (Beispiel Kassel)?

Mit diesen Zahlen wird auch deutlich, wie ineffizient der Autoverkehr

ist. Denn zu den öffentlichen Kosten kommen ja noch die individuellen: Unter Einbeziehung von Wertverlust, Steuern, Versicherung, Werkstatt und Betrieb kostet ein Auto-Kilometer im Durchschnitt 53 Cent. Der beste Kleinwagen schneidet beim ADAC mit 26,5 Cent ab. Wer durch einen gut ausgebauten ÖPNV auf das eigene Auto verzichten kann, spart also richtig viel Geld! Wir wollen daher deutlich mehr Bundesmittel für den ÖPNV und einen Verkehrswendefond des Bundes, mit dem die kommunale Verkehrswende unterstützt wird. Der Nulltarif soll schnell in einigen Modellstädten eingeführt werden.

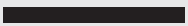
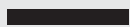
Zentral sind zudem Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen von Bund und Ländern, damit Modellprojekte und die lokale Verkehrswende zügig umgesetzt werden können. Einzelne Städte könnten dann auch mit eigenen Mitteln, Umschichtungen im Haushalt, einer Nahverkehrsabgabe und einer City-Maut die Verkehrswende angehen.

Erste Schritte Richtung Nulltarif können auch sofort beschlossen werden: In Erfurt fahren alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren bald kostenlos, in Berlin immerhin die Berlinpass-Inhaberinnen und -inhaber. Sozialtickets sind dank der LINKEN wieder auf dem Vormarsch.

Fazit: Wenn unser Anliegen die Lebensqualität der Menschen ist und eine zukunftsfähige Mobilität, dann ist die Entscheidung für eine beherrzte Verkehrswende klar. Dann fehlt dafür auch kein Geld. Dann ist es nur eine Frage der Umverteilung von Straßenraum und von öffentlichen Geldern. Und wir müssen mit einer Vision die Menschen mitnehmen, damit sie ihre Gewohnheiten ändern und am Ende alle profitieren. ◀

Umverteilung der öffentlichen Verkehrsausgaben

Schädliche Ausgaben 29 Mrd. Euro jährlich

Subventionierung des Luftverkehrs  12 Mrd. Euro
 bisher nicht eingeforderte Strafen zum Abgasbetrug  4 Mrd. Euro
 Steuervorteil privat genutzter Dienstwagen  3 Mrd. Euro
 Dieselsubvention  8 Mrd. Euro
 verzichtbare Straßenbauprojekte  2 Mrd. Euro

Sinnvolle Ausgaben 24 Mrd. Euro jährlich

Finanzierung bundesweiter Nulltarif
 (Ersetzen der Fahrscheineinnahmen)  12 Mrd. Euro
 massiver ÖPNV-Ausbau
 (Investitionen und zusätzliche Betriebskosten)  8 Mrd. Euro
 weitere Modellprojekte und Umbau
 der Verkehrsinfrastruktur  4 Mrd. Euro

Sabine Leidig, MdB, ist Beauftragte für soziale Bewegungen, Koordinatorin der AG Sozial-ökologischer Umbau sowie bahnpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Bühne für Lobbyisten

Die Bundesregierung lädt zum Mietengipfel, doch die tatsächlichen Probleme werden bei dieser Show ignoriert **VON CAREN LAY UND ARMIN KUHN**

Ein bundesweiter bisher einmaliger Zusammenschluss aus Mietervereinen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Mieterinitiativen ruft zu Protesten gegen den Wohngipfel der Bundesregierung auf. Am 21. September lädt der Innen- und Bauminister Horst Seehofer (CSU) in das Kanzleramt ein, um ein Maßnahmenpaket für eine »Wohnraumoffensive« zu schnüren. Doch die geplanten Schritte drohen die katastrophale Situation für Mieterinnen und Mieter noch zu verschärfen.

Wohnraummangel und Mietpreisentwicklung in den Städten spitzen sich seit Jahren zu. Die Mietsteigerungen von bis zu 100 Prozent in den letzten zehn Jahren haben sich von

der Lohnentwicklung völlig entkoppelt. In vielen Städten ist das Wohnen zum Armutsrisiko geworden. Allein in den 77 deutschen Großstädten fehlen rund zwei Millionen bezahlbare Wohnungen. In diesem Jahr wird die Zahl der Wohnungslosen die Millionengrenze überschreiten.

Der alte Kurs

Seit Jahren machen Mieter*innen-Initiativen und Recht-auf-Stadt-Gruppen auf die neue Wohnungsnot aufmerksam und mobilisieren überall in der Bundesrepublik für eine Kehrtwende in der Wohnungs- und Stadtpolitik. Auch DIE LINKE macht sich auf

Bundesebene, in den Ländern und Kommunen für einen Neustart im sozialen Wohnungsbau, für einen Mietendeckel und für besseren Mieterschutz, für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und für ein Ende der Spekulation mit Wohnraum stark.

Doch davon will die Bundesregierung nichts wissen. Im Gegenteil: Sie hält im Wesentlichen am wohnungspolitischen Kurs fest, der seit den 1990er Jahren entscheidend dazu beigetragen hat, dass Wohnungen zur Ware geworden sind.

Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, die Privatisierung bundeseigener Wohnungen und Grundstücke und der Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau haben

**DIE LINKE kämpft
gegen den
Mietenwahnsinn.**

Foto: Martin Heinlein



das Angebot an bezahlbarem Wohnraum radikal verknappt. Profitiert haben davon vor allem die börsennotierten Wohnungsunternehmen und Immobilienfonds, die ihren Aufstieg dem Aufkauf ehemals öffentlicher oder öffentlich geförderter Wohnungen verdanken – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Seitdem fließen jedes Jahr Milliarden als Steuersubventionen und Mietzuschüsse an die Wohnungsunternehmen, ohne dass dadurch auch nur eine bezahlbare Wohnung entstehen oder gesichert würde.

Bis heute weigern sich insbesondere CDU und CSU, die Probleme anzuerkennen und die Sorgen der Menschen, keine Wohnung zu finden oder aus der eigenen verdrängt zu werden, ernst zu nehmen. Noch in der letzten Wahlperiode hat die Union die Mietpreisbremse bis zur vollkommenen Wirkungslosigkeit gerupft und selbst minimale Vorschläge für staatliche Eingriffe in die wild gewordenen Wohnungsmärkte blockiert.

Doch jetzt hat die Große Koalition auf den öffentlichen Druck reagiert und die Wohnungspolitik für sich entdeckt. »Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit« – mit diesem Satz ließ sich nach der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles und Justizministerin Katharina Barley (beide SPD) auch der zuständige Innen- und Bauminister Horst Seehofer (CSU) zitieren. Seine Antworten werden die Lage der Mieterinnen und Mieter allerdings kaum verbessern, im Gegenteil.

Gipfel im Kanzleramt

Mit einem Wohngipfel im Kanzleramt soll eine »Wohnraumoffensive« auf den Weg gebracht werden, die vor allem ein Ziel hat: den Bau von 1,5 Millionen Wohnungen bis zum Jahr 2021. Am 21. September werden Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, der Länder und Kommunen,

der kommunalen Spitzenverbände, der Gewerkschaften sowie der Bau- und Immobilienwirtschaft zusammenkommen, um – so steht es im Koalitionsvertrag – »Eckpunkte eines Gesetzespakets zu vereinbaren«.

Die Inhalte dieses Gesetzespakets stehen allerdings längst fest und sind zum Teil schon beschlossen: Im Mittelpunkt steht dabei das sogenannte Baukindergehalt als neue Eigenheimzulage, für die allein bis 2021 mindestens 2,7 Mrd. Euro vorgesehen sind. Zusätzliche Steuersubventionen sollen für den privaten Mietwohnungsbau in Form einer Sonderabschreibung für Mietwohnungen fließen. Für eine Mietrechtsreform mit kleineren Nachbesserungen an Mietpreisbremse und Modernisierungsumlage liegt bereits ein dritter, nach Widerständen aus der Union, verwässerter Entwurf aus dem Justizministerium vor. Und schließlich hat das Finanzministerium schon im Frühjahr eine Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht, die eine Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund auch über das Jahr 2019 hinaus ermöglichen soll. Allerdings will die Große Koalition nur noch eine Milliarde Euro im Jahr dafür bereitstellen – ein Drittel weniger als heute.

Die Frage, wie angemessen auf die Wohnungskrise reagiert, wie Mietenexplosion und Verdrängung gestoppt werden sollen, wird auf dem Wohngipfel also gar nicht diskutiert. Stattdessen dient er der pressewirksamen Inszenierung bereits beschlossener Maßnahmen – und als Bühne für die Immobilienlobby. Denn die großen Immobilienverbände mit exzellenten Kontakten zu den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern stellen die Mehrheit der Teilnehmenden am Gipfel. Neben den Gewerkschaften (DGB und IG BAU) ist allein der Deutsche Mieterbund (DMB) eingeladen, um die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu vertreten.

Gegen die Wohnungspolitik der

Bundesregierung und gegen das Hofieren der Immobilienlobby, das den Interessen der Mieterinnen entgegenläuft, regt sich Widerstand. Ein breiter, bundesweiter Zusammenschluss aus Mietervereinen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Mieterinitiativen, an dem auch DIE LINKE beteiligt ist, ruft unter dem Motto »Zusammen gegen #Mietenwahnsinn« zu Protesten gegen den Wohngipfel im Kanzleramt sowie zu einem Alternativgipfel am Vortag auf.

Vielstimmige und öffentliche Diskussion statt Lobbypolitik in Hinterzimmern, Wohnungspolitik für die Mehrheit (die Mieterinnen und Mieter sowie die selbstnutzenden Eigentümerinnen und Eigentümer) statt für die Profitinteressen der Wenigen – diese Botschaften soll der Alternativgipfel mit konkreten Forderungen und Konzepten unterlegen, um sie anschließend als Protest auf die Straße zu tragen. Entsprechend fordert der Aufruf eine wirkliche und wirksame Mietpreisbremse, einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau, eine soziale Bodenpolitik, Schutz vor Kündigung und Verdrängung sowie entschiedene Maßnahmen gegen Spekulation mit Wohnraum.

Proteste auf Bundesebene

DIE LINKE unterstützt den Aufruf und lädt dazu ein, sich an den Diskussionen beim Alternativgipfel und an den Protesten gegen den Wohngipfel im Kanzleramt zu beteiligen. Die Mobilisierung durch ein Bündnis, das es zum Thema Wohnen in dieser Breite und Vielfalt noch nicht gegeben hat, ist schon jetzt ein riesiger Erfolg und ein hoffnungsvolles Signal. Es wird Zeit, dass die seit Jahren wachsenden und erfolgreichen Proteste in den Städten auf der Bundesebene ankommen! Denn dort müssen die entscheidenden Weichen für eine soziale Wohnungspolitik gestellt werden. ◀

Wirklich so dramatisch

»Lifeline«-Kapitän **CLAUS-PETER REISCH** über die Situation im Mittelmeer und die staatlichen Versuche, seine Rettungsmissionen zu behindern

Herr Reisch, Sie sind Kapitän des Seenotrettungsschiffs »Lifeline«, das im Juni mit 235 Migranten an Bord über das Mittelmeer irrte, weil sich mehrere Länder weigerten, die Flüchtlinge aufzunehmen. Kürzlich haben Sie versucht, Außenminister Heiko Maas an dessen Berliner Dienstsitz aufzusuchen. Was wollten sie damit bezwecken?

Ich würde Herrn Maas gerne erläutern, wie dramatisch die Situation vor der libyschen Küste ist. Damit er das von einem Augenzeugen hört. Ich hatte ihm einen Brief mitge-

kür hilflos ausgeliefert. Man muss sich das mal vor Augen führen: Hier wird von Staats wegen verhindert, dass wir Menschenleben retten. Es ist ja auch nicht so, dass keine Flüchtlingsschiffe mehr von Libyen aus in See stechen. Wir wissen aus libyschen Berichten, dass die dortige Küstenwache immer noch Geflüchtete zurückbringt, es ist von Unfällen und vielen Toten die Rede. Es muss dort gerade ganz furchtbar zugehen. Doch durch die Blockade unserer Schiffe wird quasi der Vorhang vor dieses Drama gezogen.

Es gibt also keine Unterstützung von der Bundesregierung?



Kapitän Reisch darf mit seinem Schiff derzeit nicht auslaufen
Foto: Bianca Theis

bracht und Auszüge aus meinem Logbuch sowie einige plakative Bilder, die auf den verschiedenen Missionen entstanden sind. Leider habe ich ihn nicht angetroffen.

Sie sind derzeit in Deutschland, müssten aber eigentlich mit der »Lifeline« auf dem Mittelmeer unterwegs sein. Doch Malta Regierung hat Ihr Schiff beschlagnahmt. Expecten Sie sich Hilfe vom Auswärtigen Amt? Eigentlich schon, denn die »Lifeline« liegt derzeit in einem abgesperrten Bereich des Hafens von Valetta und darf nicht auslaufen, weil es als Beweismittel für das Verfahren gegen mich beschlagnahmt wurde. Ich fühle mich dieser Will-

Es würde mich brennend interessieren, was die Regierung für mich tut. Die deutsche Botschafterin auf Malta ist sehr nett und hat sich zwei Stunden Zeit genommen für mich und mein Anliegen. Die Geschäftsführerin der Botschaft ist bei jedem Verhandlungstermin dabei. Davon abgesehen, kann ich keine Bemühungen erkennen.

Malta will Ihnen den Prozess machen. Angeblich haben sie das Schiff ohne ordnungsgemäße Registrierung in maltesische Gewässer gesteuert ...

Da wird mutwillig etwas hineininterpretiert. Wir haben ein Zertifikat des Königlich Holländischen Wassersportverbandes, bei dem wir das

Boot registriert haben. So ein Zertifikat haben übrigens 25.000 Schiffe. Da steht eindeutig drin: »Flagge Holländisch, Heimathafen Amsterdam«. Das Zertifikat ist auch noch ein Jahr lang gültig. Man behindert mutwillig unsere Arbeit. Das betrifft ja nicht nur uns, sondern auch die anderen Rettungsschiffe, die ebenfalls nicht mehr auslaufen dürfen. Das Beobachtungsflugzeug »Moonbird«, das von der Evangelischen Kirche Deutschland finanziert wird, erhält einfach keine Starterlaubnis mehr.

Nicht nur die italienische Regierung wirft Ihnen Schlepperei und Menschenhandel vor. Von wem erfahren Sie eigentlich, dass Flüchtlinge in Seenot sind? Rufen die Schlepper bei Ihnen an und geben entsprechende Hinweise?

Im Gegenteil: Wir arbeiten mit offiziellen Stellen zusammen. So gibt es immer noch Suchflugzeuge, zum anderen Sichtungen der EUNAVFOR MED-Mission »Sophia«, die von der Europäischen Union betrieben wird. Dann bekommen wir einen Anruf von der MRCC-Seenotleitstelle für das zentrale Mittelmeer. Die geben uns dann die Position, den Kurs und manchmal auch die Geschwindigkeit des Bootes durch, das wir dann suchen sollen. Manchmal entdecken wir die Schiffe auch selbst. Wir haben tagsüber immer vier bis fünf Personen mit Ferngläsern im Ausguck. Nachts suchen wir mit unserem Hochleistungsradargerät.

Sie bekommen also die Position, erreichen den Zielort. Was sehen Sie dort? Ist es tatsächlich so, dass da verzweifelte Menschen in einem Schlauchboot um ihr Leben kämpfen?

Es ist oft wirklich so dramatisch. Denn mit den Schlauchbooten, in denen die Geflüchteten unterwegs sind, würde ich nicht mal über einen oberbayrischen See fahren. Das sind einfach nur zusammengeklebte LKW-Planen. Oft ist es so, dass min-



Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

destens eine der Kammern leckt. Dann müssen die Menschen die Bordwand an dieser Stelle mit ihren Händen hochhalten. Gelingt ihnen das nicht, sackt das Boot an dieser Stelle ab. Dann rutschen die Menschen ins Wasser. Sie können oft nicht schwimmen, haben auch keine Schwimmwesten und sterben dann in Regel.

Aber auf den Fotos, die uns die Medien hier präsentieren, tragen die geretteten Flüchtlingen meistens eine Schwimmweste ...

Eine solche Weste kostet in Libyen 100 Dollar. Das Geld haben die Leute nicht. Wenn sie auf den Bildern die Flüchtlinge mit Schwimmwesten sehen, dann sind diese von uns. Unmittelbar nach Ankunft am Flüchtlingsboot verteilen wir Schwimmwesten. Dafür setzen wir unser eigenes Schlauchboot aus, beladen es mit hundert Schwimmwesten und zehn Kinderwesten. Dann fahren wir einen Kreis um das Boot und demonstrieren, wie man eine Schwimmweste anlegt. Dann fragen wir, wie viele Leute an Bord sind, ob es medizinische Notfälle gibt und wo sie losgefahren sind. Wir haben Leute, die haben mehr als 20 Missionen hinter

sich. Die wissen, wie sie die Leute ansprechen müssen und worauf es ankommt. Die libysche Küstenwache hingegen, mit der die EU zusammenarbeitet, fährt mit ihren großen Stahlbooten direkt an die fragilen Holz- oder Schlauchboote ran. Da gibt es oft Unfälle.

Wie lange sind diese Menschen denn auf See?

Manchmal retten wir sie schon nach 12 Stunden. Bei meiner letzten Mission, als wir 235 Menschen aufgenommen hatten, waren diese zum Zeitpunkt der Rettung schon drei Tage unterwegs. Das klingt jetzt nicht so dramatisch, doch es gibt keine Toilette an Bord und kein Trinkwasser. Über sich haben diese Menschen nur den blauen Himmel und unter sich das tiefblaue Meer.

Wissen Sie, wie vielen Menschen Sie das Leben gerettet haben?

Nein, ich führe da keine persönliche Statistik. Das Schiff »Lifeline« jedoch, das früher »Seawatch 2« hieß, hat insgesamt wohl über 20.000 Menschen gerettet.

Wie kam es eigentlich, dass Sie als ehemaliger bayerischer Unternehmer Kapitän eines Rettungsschiffs wurden?

Ich bin an der Küste des Starnberger Sees groß geworden. Habe mich durch alle deutschen Sportbootscheine nach oben gehandelt und jetzt den Sportseeschifferschein, der auch für die gewerbliche Ausbildung geeignet ist. Mit diesem Patent darf ich die »Lifeline« als Kapitän führen. Mit dem Thema in Berührung kam ich erstmals 2015, als ich mit meinem eigenen Boot von Italien nach Griechenland gesegelt bin und mich fragte, was ich machen würde, wenn wir auf ein Flüchtlings-schlauchboot treffen. Das ließ mich nicht mehr los. Da ich meine Firma vor neun Jahren verkauft hatte, also Zeit habe und finanziell unabhängig bin, bewarb ich mich schließlich bei einer NGO. Im April 2017 hatte ich dann meine erste Mission als Kapitän.

Spenden

MISSION LIFELINE e.V.
IBAN: DE85 8509 0000 2852
2610 08
BIC: GENODEF1DRS
Volksbank Dresden e.G.

Das Ende der Spardiktatur?

Griechenland bangt nach Abschluss des dritten Finanzhilfeprogramms um eine bessere Zukunft **VON AXEL TROOST**

Am 20. August endete mit dem dritten Griechenlandprogramm das letzte der seit 2010 aufgelegten Euro-Finanzhilfeprogramme. Griechenland blickt heute zurück auf einen beispiellosen Kahlschlag, der das Land mehr als ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung gekostet hat und in eine humanitäre Krise führte. Der Ansatz, die Eurokrise durch drastische Haushaltskonsolidierung zu bewältigen, hat der Währungsunion ein verlorenes Jahrzehnt beschert und Europa tief gespalten.

Acht Jahre lang wurde Griechenland von technokratischen Institutionen fremdregiert. Im Hintergrund stand immer die Eurogruppe, das informelle Gremium der Finanzminister der Euro-Staaten, das dem Land einen radikalen Sparkurs aufzwang und selbst daran festhielt, als sich dessen zersetzende Wirkung auch in miserablen Wirtschaftsdaten zeigten. Unvergesslich sind auch die Monate geblieben, in denen die erste Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras den Ausbruch aus dem Krisenregime versuchte und sich die Eurogruppe weigerte, alternative Ansätze zur Überwindung der griechischen Misere überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund müsste der 20. August 2018 eigentlich als

Tag der Befreiung gefeiert werden. In Griechenland war davon aber wenig zu spüren. Denn die wiedergewonnenen Freiheiten können mangels finanzieller Spielräume kaum genutzt werden. Statt Fremdverwaltung ist bis auf weiteres Selbstverwaltung des Mangels angesagt. Anfang 2019 werden zudem noch ehemals beschlossene Steuererhöhungen und Rentenkürzungen in Kraft treten. Und die im Juni gewährten Schuldenerleichterungen sind an diverse offen gebliebene Verpflichtungen geknüpft, die bis Mitte 2022 abgearbeitet werden müssen. Jegliche Abweichung davon würde sofort sanktioniert. Politische Autonomie sieht anders aus. Gleichwohl endet die Ära, wo Griechenland jede einzelne Maßnahme eng mit seinen Gläubigern abstimmen muss.

Wie groß sind nun aber die Chancen, dass sich die Lebensverhältnisse in Griechenland in absehbarer Zeit wieder normalisieren?

Im Mai hatten Spekulationen über das Regierungsprogramm der neuen italienischen Regierung demonstriert, wie schnell die Lage in Griechenland durch externe Ereignisse kippen kann. Zeitgleich zu den Forderungen nach einem italienischen Schuldenerlass waren die Renditen auf griechische Staatsanleihen deut-

lich angestiegen. Griechenland hat nun zum Abschluss einen Finanzpuffer von 15 Milliarden Euro erhalten, womit es den Finanzbedarf – für Umschuldungen bestehender Kredite – der nächsten 22 Monate decken kann. Damit wurde wieder einmal Zeit erkaufte, ohne die Stabilitätsprobleme der Währungsunion wirklich zu lösen.

Mit einem Schuldenstand von etwa 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist Griechenland der am zweihöchsten verschuldete Staat der Erde und wäre unter normalen Bedingungen sofort insolvent. Weil die Schulden aber größtenteils aus sehr langfristigen und sehr niedrig verzinsten Krediten der internationalen Geldgeber bestehen, wird Griechenland über Jahrzehnte hinweg beim Schuldendienst entlastet und kann die Laufzeit der Hilfskredite dazu nutzen, den Schuldenberg abzutragen. Wie dies aus Sicht der europäischen Gläubiger gelingen soll, hat der ESM in einer Schuldentragfähigkeitsanalyse dargelegt. Demnach hätte der Schuldenstand im Basis-Szenario im Jahr 2060 bei 127 Prozent gelegen. Durch die im Juni gewährten Schuldenerleichterungen soll er bis 2060 auf 97 Prozent des BIP sinken, was dem jetzigen Schuldenstand Frankreichs oder Spaniens entspräche. Dahinter stecken allerdings vielfältige Annahmen über die zukünftige Entwicklung.

Der griechische Schuldenberg und die in der Einigung der Eurogruppe vom 21. Juni implizit enthaltenen Haushaltsvorgaben stellen für alle kommenden Regierungen eine schwere Hypothek dar. Die Szenarien der Geldgeber setzen voraus, dass der griechische Staat in den nächsten 40 Jahren (!) einen Primärüberschuss (Haushaltsüberschuss ohne Berücksichtigung von Zinszahlungen) von durchschnittlich 2,2 Prozent der Wirtschaftsleistung erzielt. Das hat bisher noch keine Regierung der Welt geschafft. Folgerichtig verweigerte der





Proteste gegen das »Schuldendiktat« gab es 2015 auch in Berlin. Fotos: Frank Schwarz

Internationale Währungsfonds (IWF) eine erneute Beteiligung an den Kredithilfen. Bis auf weiteres bleibt Griechenland eine Schuldenkolonie, die den Schuldendienst über die Belange der eigenen Bevölkerung stellen muss. Erst 2032 wollen die Gläubiger ein weiteres Mal über Schuldenerleichterungen beraten. Die Koppelung der Schuldenrückzahlung an das Wirtschaftswachstum – ein zentraler Faktor der Schuldentragfähigkeit – scheiterte am Veto der deutschen Bundesregierung. Sollte sich die Weltwirtschaft demnächst zum Schlechteren drehen oder eine neue Krise aufflammen, könnte Griechenlands Zukunft wieder der Gunst der Gläubiger ausgeliefert sein. Im umgekehrten Fall könnte Griechenland auch von einer unerwartet positiven Entwicklung profitieren. Gleichwohl sind die Möglichkeiten, neue wirtschaftliche Impulse zu setzen, durch die fehlenden Geldmittel begrenzt. So oder so stellt die halbherzige Entschuldung vom Juni eine unverantwortliche Wette auf die Zukunft dar.

Auch wenn linke Akzente gesetzt werden konnten, war in der Tsipras-Regierung an eigenständige Vorhaben bisher aus Geld- und Zeitmangel kaum zu denken – in den letzten drei Jahren hatte sie 450 Einzelmaß-

nahmen umzusetzen. Umgesetzt wurden aber nicht nur Kürzungen und regressive Steuererhöhungen, sondern auch wichtige Maßnahmen für den Aufbau eines modernen Staats (nicht nur in Form einer jetzt einsatzfähigen Steuerverwaltung), die dringend überfällig waren. Die Einigung im Namensstreit mit der mazedonischen Regierung, die allerdings noch von den Parlamenten ratifiziert werden muss, könnte zudem einen jahrzehntelangen Nachbarschaftsstreit beenden. Mit den in der Regierungszeit erarbeiteten Strategien und Erfahrungen wird Syriza nun in den Wahlkampf ziehen. Die Spielräume für eine soziale Politik werden langsam wieder wachsen. Zudem füllt die Partei ein Vakuum, das sonst Kräften am rechten Rand überlassen würde. Der Einsatz war also sicher nicht umsonst.

Der Abschluss des Hilfsprogramms stellt für Griechenland einen wichtigen Meilenstein dar. Auf viele Jahre hinweg wird die Kluft zwischen dem eigentlich Wünschenswerten, also einer Politik zur Überwindung von Armut, Arbeitslosigkeit und ineffizientem Staatswesen, und den dafür verfügbaren Mitteln, gewaltig bleiben. Das ist eine bittere Erkenntnis, die aber nicht nur als Versagen der

Syriza-Anel-Regierung angesehen werden darf. Sie ist die Folge eines Prozesses, bei dem ein Land zuerst von vielen unfähigen Vorgänger-Regierungen und dann von der aufgezwungenen Austeritätspolitik in die Überschuldung getrieben wurde. Anschließend blieb nur die Wahl zwischen Pest und Cholera – zwischen aufgezwungenen Memoranden im Gegenzug für Finanzhilfen oder dem radikalen Bruch mit den Gläubigern. Für einen Ausstieg aus dem Euro gab es jedoch nie einen zu Ende gedachten Plan, geschweige denn eine demokratische Legitimation.

Syriza hat versucht, aus schwierigsten Umständen das Beste zu machen. Innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen Kompromisse zu schließen, zugleich aber seinen langfristigen Zielen treu zu bleiben, ist ein schwieriger Spagat, den wir LINKE aus Regierungsbeteiligungen in den Ländern und auf kommunaler Ebene kennen. Klar ist, dass das nicht immer reibungslos klappt und Fehler unterlaufen. Unter begrenzten Spielräumen nicht einer neoliberalen Ideologie zu verfallen und mit linkem Herzblut konkrete Politik zu machen, ist aber weder in Griechenland noch in Deutschland ein Verrat, sondern verantwortliche Politik. ◀

Wir sind die Mehrheit!

Das Bündnis #unteilbar ruft auf zur Großdemonstration für ein Europa der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit

Die ausländerfeindlichen Krawalle und Hetzjagden von Chemnitz haben allen noch einmal vor Augen geführt, wie ernst die Situation in Deutschland bereits ist. Auch deshalb unterstützen die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, den Aufruf »#unteilbar – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!« und die Mobilisierung des Bündnisses zur Demonstration am 13. Oktober in Berlin. »Wir können unsere demokratischen Freiheitsrechte nur verteidigen, wenn wir zugleich sozialstaatliche Sicherheiten neu begründen. Wer Freiheit gegen Gerechtigkeit ausspielt (oder anders herum), der wird am Ende beides verlieren. Beides ist unteilbar. Das zeigt nicht nur die Geschichte, das erleben wir gerade jeden Tag«, erklärte Katja Kipping dazu.

Neben der LINKEN unterstützen auch zahlreiche Prominente, Künstler und Vereine den Aufruf. Zu den Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichnern gehören etwa der Schauspieler Benno Fürmann, der Schriftsteller Ilja Trojanow, die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano und die Bands Die Ärzte und Feine Sahne Fischfilet. Auch die Schriftstellerin Eva Menasse unterstützt den Aufruf: »In dieser verrückten digitalen Welt bleibt die Straße der Ort, um Wirklichkeit zu zeigen. Wie viele Menschen sind in Zeiten von Fake News, Hetze und Hysterie noch immer unverbrüchlich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein friedliches, vereintes Europa? Jenseits aller Lebensstile und Meinungsverschiedenheiten? Ich glaube und hoffe, eine überwältigende Mehrheit. Diese Mehrheit muss sich endlich zeigen«, so Menasse.

Zu den 450 unterzeichnenden Vereinen und Verbänden zählen der Paritätische Wohlfahrtsverband, Pro Asyl, die Volkssolidarität und der Deutsche Mieterbund. In dem gemeinsamen Aufruf kritisieren die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner die »dramatische politische Verschiebung« in Deutschland: »Rassis-

Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden. »Das Sterben von Menschen auf der Flucht nach Europa darf nicht Teil unserer Normalität werden. Europa ist von einer nationalistischen Stimmung der Entsolidarisierung und Ausgrenzung erfasst. Kritik an diesen unmenschlichen Verhältnissen wird

gezielt als realitätsfremd diffamiert. Während der Staat sogenannte Sicherheitsgesetze verschärft, die Überwachung ausbaut und so Stärke markiert, ist das Sozialsystem von Schwäche gekennzeichnet: Millionen leiden darunter, dass viel zu wenig investiert wird, etwa in Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung. Unzählige Menschen werden jährlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Umverteilung von unten nach oben wurde seit der Agenda 2010 massiv vorangetrieben. Steuerlich begünstigte Milliardengewinne der Wirtschaft stehen einem der größten Niedriglohnsektoren Europas und der Verarmung benachteiligter Menschen gegenüber«. Gemeinsam wollen die Beteiligten mit möglichst vielen Menschen die solidarische Gesellschaft sichtbar machen! Am 13. Oktober soll von Berlin »ein klares Signal ausgehen«. Das Bündnis ist Teil einer europaweiten Bewegung,

die am 13. Oktober in verschiedenen europäischen Städten demonstrieren wird. Gegen Nationalismus und für ein vereintes Europa. Dazu werden bis zu fünf Millionen Menschen in verschiedenen europäischen Städten erwartet. ◀



#UNTEILBAR
SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG
FÜR EINE OFFENE UND FREIE GESELLSCHAFT
DEMONSTRATION 13. OKT. 2018 | 13 UHR BERLIN
WWW.UNTEILBAR.ORG

Spendenkonto: Digitalcourage e.V.
 DE44 2702 0200 0407 0407 00
 BIC: BFSW33HAN

mus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt. Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden«. Das Bündnis #unteilbar will dagegenhalten, wenn

Den Aufruf gibt es in voller Länge hier:
<https://www.unteilbar.org/>
 Unterstützerinnen und Unterstützer können auch gleich unterschreiben.

Der Weg in eine neue Krise

Die Wahlen in Mali fanden unter fragwürdigen Umständen statt und werden das zerrissene Land nicht befrieden **VON CLAUDIUS-DIETER KÖNIG**

Der Favorit hat gewonnen. Der amtierende Präsident Ibrahim Boubacar Keita (kurz: IBK) wurde im Amt bestätigt, so die offiziellen Ergebnisse. Und dennoch kann man nicht behaupten, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihm stünde. Zu laut die Stimmen, die IBK das Scheitern vorwerfen, insbesondere was die Wiederherstellung der Einheit des Landes und die Sicherung des Friedens angeht.

2012 putschten sich in Mali Militärs an die Macht. Der Norden des Landes wurde von einer Koalition separatistischer und djihadistischer Milizen erobert, in der schließlich die Djihadisten die Oberhand gewannen. Anfang 2013 wurden die wichtigsten Städte durch französische und malische Truppen befreit und im September desselben Jahres wurde IBK erstmals zum Präsidenten gewählt. Das Abkommen von Algiers, 2015 mit den bewaffneten Gruppen des Nordens geschlossen, hält nicht und eine Verfassungsreform, die wichtige Vereinbarungen des Abkommens umsetzen sollte, zog Keita vor einem Jahr zurück, weil er um die Mehrheit beim obligatorischen Referendum bangte.

Nackte Zahlen zu den Wahlen in Mali zeigen bereits, dass hier von Demokratie nur bedingt geredet werden kann. 19 Millionen Malierinnen und Malier gibt es, nur 8 Millionen sind als Wähler registriert. Gültige Stimmen haben im ersten Wahlgang nur 3,2 Millionen abgegeben, davon entfielen 1,3 Millionen auf Keita. Im zweiten Wahlgang haben 2,8 Millionen abgestimmt, davon 1,8 Millionen für den Sieger IBK. Fast 250.000 Wählerinnen und Wähler konnten nicht an der Wahl teilnehmen, weil ihre Wahlbüros wegen Sicherheitsbedenken geschlossen waren.

Bereits die Ergebnisse des ersten Wahlganges wurden von der Opposition weitestgehend abgelehnt. Insgesamt 18 Kandidaten der Opposition taten sich zusammen und stellten öffentlich fest, dass das Ergebnis

durch Wahlbetrug zustande gekommen sei. Oumar Mariko, Generalsekretär und Präsidentschaftskandidat der Partei SADI, die Partner der LINKEN ist, berichtet, dass in Niono, einer Hochburg der SADI, Wahllokale durch nicht identifizierte bewaffnete Kräfte angegriffen wurden. Wahlen hätten dort nicht stattgefunden. Dennoch seien Urnen berücksichtigt worden, die vermeintlich aus diesen Wahllokalen stammten, voll mit Stimmzetteln und einer Mehrheit für den amtierenden Präsidenten. Ähnliche Anschuldigungen gibt es aus anderen Regionen. 2013 hatte SADI im zweiten Wahlgang noch IBK unterstützt, weil er als das kleinere Übel erschien. Jetzt, 2018, wollte SADI erreichen dass IBK nicht wieder gewählt würde, ohne aber dessen Konkurrenten Soumaila Cissé zu unterstützen. Der im zweiten Wahl-

gang unterlegene Kandidat Cissé hat mit mehreren Eingaben das Wahlergebnis angefochten. Der Verfassungsgerichtshof lehnte diese als unzulässig ab und verkündete den Wahlsieg von Keita, der am 4. September seine zweite Amtszeit angetreten hat.

Auf der Grundlage der bisherigen politischen Vita der Kandidaten, beide waren in den 1990ern Minister, und ihrer programmatischen Äußerungen gibt es auch keinen Grund, warum die politische Linke einen der beiden bevorzugen würde. Es gelingt Cissé, dem Verlierer des zweiten Wahlgangs, am 25. August nach eigenen Angaben 50.000 Menschen zu Demonstrationen in der Hauptstadt Bamako und in einigen anderen Städten zu mobilisieren, die verlangen, dass er als der »wahre Sieger« in den Präsidentenpalast einziehen soll. Andere Oppositionsparteien, unter anderem auch SADI, fordern, die Wahlen komplett zu annullieren.

Diese Wahlen haben also kaum zur Einheit und zum Friedens- und Versöhnungsprozess beigetragen. Sie haben die vielfältigen Spaltungen und Konflikte eher verschärft. Nicht vollkommen auszuschließen, dass sie den Beginn einer erneuten Zuspitzung der Krisen im Lande markieren werden. ◀

Claus-Dieter König ist Referent für Ost- und Westafrika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der Niger, der wichtigste Fluss Westafrikas, durchquert Mali auf einer Länge von 1.700 km. Sein Binnendelta ist durch Bewässerung landwirtschaftlich sehr ertragreich. Hier hat Landgrabbing zu Konflikten und Widerstand geführt. Mali ist der drittgrößte Goldproduzent Afrikas und hat nennenswerte Uranvorkommen. Geostrategisch bedeutend ist Mali u.a. wegen der Nachbarschaft zum Niger, aus dem Frankreich ein Drittel seines Urans bezieht.

Foto: Pixabay



Hilfe für den Wahlkampf

Interview mit **MARITTA BÖTTCHER**, Sprecherin der BAG Kommunalpolitik und **TOBIAS BANK**, Mitglied des Parteivorstandes, über Projekte für die Arbeit vor Ort



Foto: BAG Kommunalpolitik

Im kommenden Jahr sind in zehn Bundesländern Kommunalwahlen. Wie bereiten sich die BAG Kommunalpolitik und der Parteivorstand darauf vor?

Tobias Bank: Der Parteivorstand hat im Juli 2018 einen einstimmigen Beschluss gefasst, der allen an linker Politik Interessierten, insbesondere im ländlichen Raum, auf verschiedenen Wegen eine Unterstützung für die Kommunalwahlkämpfe 2019 zusichert und die BAG Kommunalpolitik unterstützt.

Maritta Böttcher: Da wir in kleinen Kommunen oft kaum noch Mitglieder haben, die ein Kommunalmandat anstreben können, war uns wichtig, auch parteilose Linke mit dem Beschluss anzusprechen und Bündnisse mit linken Akteurinnen und Akteuren vor Ort zu schließen. **Wie sieht diese praktische Unterstützung aus?**

Maritta Böttcher: Die Bundesgeschäftsstelle wird vor allem als Vermittlerin zum Beispiel für Technik und Ausrüstung, für Rednerinnen und Redner, Expertinnen und Experten oder bei der Anregung von Themen Unterstützung leisten.

Tobias Bank: Dies erfolgt natürlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und immer in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und der BAG. Wir

sind dem Parteivorstand und der Bundesgeschäftsstelle dankbar, dass sie uns »Kommunalos« unterstützen. **Was steht aktuell noch an kommunalpolitischen Aktivitäten bei euch auf dem Plan?**

Maritta Böttcher: Die BAG veranstaltet im Namen des Parteivorstandes am 2. und 3. November einen Kommalkongress in Berlin, der zukünftigen und gestandenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern eine Diskussionsplattform geben soll.

Tobias Bank: Dort sollen vor allem grundsätzliche Fragen in Vorbereitung der Kommunalwahlen geklärt werden, die rechtlich und inhaltlich für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer relevant werden könnten.

Welche Themen werden auf dem Kongress behandelt?

Maritta Böttcher: Wir haben drei inhaltliche Runden mit jeweils drei parallel stattfindenden Themen geplant. Schwerpunkte werden die Themen Energiewende und Digitalisierung, Wohnungspolitik und Einwohnerbeteiligung, Mobilität und ländliche Räume sein.

Tobias Bank: Zusätzlich werden die Pflege- und Mietenkampagne der Partei vorgestellt und wir planen Angebote zum »Kommunalen Hand-

werkszeug« zum Beispiel in den Bereichen Rhetorik und Pressearbeit.

Der Kongress ist im November 2018 und die Wahlen im Mai 2019. Was passiert bis dahin?

Tobias Bank: Gemeinsam mit der Bundesgeschäftsstelle wollen wir einen Pool einrichten, der den Wahlkampfverantwortlichen in den Kreisen verschiedene Layouts für Handzettel und Folder sowie ein paar allgemein nutzbare Fotos kostenfrei für den Wahlkampf anbietet. Diese können dann runtergeladen und vor Ort mit eigenen, spezifischen Inhalten gefüllt und gedruckt werden.

Maritta Böttcher: Mit der Vermittlung von Referentinnen und Referenten werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten als BAG bis zur Wahl dezentrale Veranstaltungen unterstützen. Außerdem soll es kurz gehaltene Informationsblätter geben, die ein konkretes kommunalpolitisches Thema behandeln. Diese sollen eine Hilfestellung für Probleme vor Ort sein. Dort sollen nicht nur Forderungen aufgemacht, sondern Handlungsmöglichkeiten zur Lösung aufgezeigt werden.

Tobias Bank: Als Dauerangebot gibt es den Kommunalnewsletter und die Kommunaldatenbank. Dort gibt es Anregungen, konkrete Vorschläge und Neuigkeiten zu kommunalpolitischen Themen.

Ihr seid beide außerdem im Sprecher*innenrat der LAG Kommunalpolitik Brandenburg. Können eure Erfahrungen auch für andere Bundesländer interessant sein?

Beide: Wir haben eine AG Digitales, die zum Beispiel Smartphone-Schulungen für Seniorinnen und Senioren anbietet. Wir werden demnächst ein zweites Treffen anberaumen, das Vorschläge aus der Praxis zur Änderung der Kommunalverfassung sammelt. Diese sollen dann der Landespartei für das Landtagswahlprogramm mitgegeben werden.

Solidarische Nachbarschaft

In Berlin-Neukölln haben Mitglieder der LINKEN ein kleines Straßenfest organisiert. Hier gibt es Tipps zum Nachmachen. **VON SARAH NAGEL**

Dosenwerfen, Kinderschminken, Kaffee & Kuchen, Fahrradwerkstatt, kostenlose Sozial- und Mietrechtsberatung, Live-Musik – all das gab es beim »Nachbarschaftsfest für einen solidarischen Kiez« der Basisorganisation Hermannstraße der LINKEN Neukölln. Entstanden ist die Idee, weil wir mit den Menschen in der Nachbarschaft ins Gespräch kommen und Angebote machen wollten, die bei den kleinen und großen Problemen des Alltags helfen. Insgesamt waren den Tag über einige hundert Besucher da. Manche blieben mehrere Stunden, manche schauten nur kurz vorbei. Durch das Fest waren wir im Viertel präsent und haben mit Leuten gesprochen, die wir noch nicht kannten. Falls ihr selbst ein Nachbarschaftsfest organisieren wollt, findet ihr hier einige Tipps.

✓ Wo ist der richtige Ort?

Auf jeden Fall dort, wo ihr euch stärker verankern wollt. Das kann entweder ein Ort sein, an dem viele von euch leben oder aktiv sind oder ein Viertel, in dem ihr mehr Präsenz zeigen wollt. Grundsätzlich schadet es sicher nicht, wenn es eine Hochburg ist. So habt ihr die Gelegenheit, Menschen kennen zu lernen, die vielleicht DIE LINKE wählen, aber noch nicht aktiv sind. Gut eignet sich ein Ort, der zwar in einer Wohngegend liegt, an dem es aber trotzdem Laufpublikum gibt. Unser Fest fand zum Beispiel direkt neben einem Wochenmarkt statt.

✓ Muss das Fest angemeldet werden?

Ja, genau wie bei anderen Aktionen muss angegeben werden, was ihr wann und wo plant. Am besten fragt ihr einfach mal beim Ordnungsamt

nach, in der Regel ist das zuständig. Dort gibt es Informationen, welche Genehmigungen ihr einholen müsst und wie hoch die Verwaltungsgebühren sind. Insgesamt war der Verwaltungsaufwand bei uns überschaubar.

✓ Wie sieht es mit den Kosten aus?

Ein Nachbarschaftsfest muss nicht teuer sein. Weil alle Beteiligten ehrenamtlich dazu beigetragen haben und für die Bewerbung kaum Geld ausgegeben wurde, war der größte Kostenfaktor unseres Fests die Anmietung einiger Marktstände. Je nach Größe des Fests können aber auch Bierzeltgarnitur und Pavillon ausreichen. Über kleine Spenden für Speisen und Getränke kann außerdem ein Teil der Kosten wieder eingenommen werden.

✓ Wie klappt die Bewerbung?

Die Einladung muss bei den Menschen ankommen, die ihr erreichen wollt: bei den Anwohnern. Am wichtigsten ist deshalb ein freundliches Flugblatt mit allen Informationen zu Ort, Zeit und Angeboten. Ein selbstgestalteter A5-Flyer in schwarz-weiß reicht dazu vollkommen aus. Er kann in Briefkästen gesteckt oder in Hauseingänge geklebt werden. Wir haben außerdem eine Veranstaltung auf Facebook erstellt und den Termin auf der Homepage angekündigt.

✓ Was benötigen wir für die Verpflegung?

Den Kuchen haben wir selbst gebacken, Kaffee durften wir in einem Laden in der Nähe kochen. Wenn es ein kleineres Fest ist und ihr keinen Zugang zu Strom habt, können auch einige Thermoskannen reichen. Für

den Kuchen werden außerdem Behälter oder Abdeckungen benötigt – und natürlich braucht es Teller, Tassen, Besteck und Servietten.

✓ Wie organisieren wir Beratungsangebote?

Wir haben nacheinander eine Sozial- und Mietrechtsberatung angeboten, die ehrenamtlich von Rechtsanwälten übernommen wurden. Wenn ihr keine Kontakte habt, lohnt es sich zu schauen, wo es die nächste Beratung (zum Beispiel im Rahmen von »DIE LINKE hilft«) gibt – vielleicht kann dieselbe Person die Beratung auf dem Fest übernehmen oder kennt Kollegen, die ihr fragen könnt. Wichtig: Ihr benötigt ein Extra-Zelt oder einen Raum, wo die Beratung stattfindet. Niemand möchte dabei auf dem Präsentierteller sitzen. Wir haben einen Pavillon mit Wänden aufgebaut. Wichtig: Die Uhrzeiten auf der Einladung angeben.

✓ Was brauchen wir für die Fahrradwerkstatt?

Wichtig sind Werkzeug und vor allem natürlich Leute, die Spaß am Reparieren haben. Damit sind schon viele kleine Reparaturen machbar, für die keine Ersatzteile gebraucht werden. Besonders lohnt sich das natürlich in Städten, in denen viel Fahrrad gefahren wird.

✓ Und sonst noch?

Ein Tisch mit Material und Informationen zu euren nächsten Terminen und Aktionen – und eine Möglichkeit, in Kontakt zu bleiben. ◀

Sarah Nagel arbeitet für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Familiensache

Wie es kam, dass Vater, Mutter und Töchter Mitglieder der LINKEN wurden

VON FABIAN LAMBECK

Jeden Tag treten Menschen der LINKEN bei. Schließlich wächst die Partei um mehrere Tausend Mitglieder pro Jahr. Dass aber gleich eine ganze Familie das Parteibuch beantragt, ist ungewöhnlich. So ungewöhnlich, dass DISPUT sich auf den Weg ins niedersächsische Stadthagen machte, um diese Familie kennenzulernen. In einer gemütlich eingerichteten Wohnung nahe der Altstadt empfangen mich die vier Familien- und Parteimitglieder. Am Tisch sitzen Maria und Andy sowie die Töchter Floriane und Charlotte. Bei Kaffee und Keksen kommen wir schnell ins Gespräch. »Es ist ja nicht so, dass das alles aus heiterem Himmel kam. Wir waren schon immer politisch interessierte Menschen und beim Abendbrot wurde oft diskutiert«, unterstreicht Maria. Diskussionsfreudig sind sie immer noch: »Ob Flucht und Vertreibung oder die Frage, wie man den Pflegenotstand stoppen kann: An Themen mangelt es uns nicht«, sagt Charlotte, die jüngste Tochter, die derzeit die 13. Klasse besucht. Wenn nicht diskutiert wird, informiert man sich: »Immer wenn ich ins Wohnzimmer komme, läuft im Fernsehen oder Radio ein politische Sendung«, unterstreicht Charlotte. So kann es auch geschehen, dass eine Demo gegen die AfD zur Familienaktion wird. »Andere Mütter verbieten ihren Kindern, auf solche Demos zu gehen, ich aber flehe meine Töchter an: Nehmt mich mit!«, sagt Maria mit einem Augenzwinkern.

Und wie wurde DIE LINKE quasi zur Familiensache? »Eigentlich habe ich den Stein ins Rollen gebracht«, schmunzelt Floriane, die älteste Tochter. »Ich habe meine Eltern überredet, zu einer Wahlkampfveranstaltung der LINKEN mitzukommen«. Der Redner überzeugte, man kam ins Gespräch mit Genossinnen und Genossen. »Und dann ging alles ganz schnell«, erinnert sich Andy, der als Elektrotechniker in der Produktentwicklung arbeitet. »Wir waren auch gleich bei einer Vorstandssitzung mit dabei und dann

fragte man uns, ob wir Lust hätten, uns mit an einen Infostand auf dem Marktplatz zu stellen. Wir haben später auch die »Klar« verteilt und Plakate geklebt, aber alles ohne Zwang«, erklärt Andy. Beeindruckt von der »netten Atmosphäre« und der Tatsache, »dass wir sofort mitreden durften«, wurden aus den vier Familienmitgliedern so Genossinnen und Genossen.

Als Familie fuhr man zum Neumitgliederseminar. Hier gab es ein paar »wichtige Informationen über DIE LINKE«, etwa wie die Parteistrukturen funktionieren. Zudem lernten die Neuen, wie man mit Vorurteilen gegenüber der LINKEN umgeht. »So eine Argumentationstraining gibt einem Sicherheit, wir sind ja alle blutige Anfänger«, so Andy und schwärmt vom Seminar: »Du lernst halt die anderen Neumitglieder kennen. Deshalb findet die Netzwerkarbeit dort ganz automatisch statt. Natürlich wurde diese Arbeit abends bei Bier und Wein fortgesetzt. Das Aufstehen am nächsten Morgen fiel dann nicht allen leicht«, sagt Andy lächelnd.

Mittlerweile sind Maria und Andy aktive Mitglieder ihres Kreisverbandes Schaumburg und sitzen im Vorstand. Maria, von Hause aus Steuerfachangestellte, ist nun auch Kreisschatzmeisterin. Der Kreisverband Schaumburg ist überschaubar: 40 Mitglieder, davon 10 aktive. Doch der Verband wächst. Alle zwei bis vier Wochen können sie hier ein Neumitglied begrüßen. Es sind vor allem junge Leute die sich in der LINKEN engagieren wollen. Sowohl im Kreistag als auch im Stadtrat hat die Partei einen Platz erkämpft. Alle zwei Wochen treffen sich die Genossinnen und Genossen zur Vorstandssitzung. »Ein bisschen sind wir auch wie eine kleine Familie«, ergänzt Maria. »Hier entwickeln sich Freundschaften, man rückt zusammen.« Und auf die Beine gestellt haben sie hier auch schon einiges. Etwa im Februar eine Demonstration mit 300 Teilnehmern gegen den türkischen Einmarsch in Afrin.

Ansonsten sind die Probleme hier vor Ort die typischen Probleme einer Kommune, die klamm ist und sich noch tiefer in die Probleme spart. Der demographische Wandel vollzieht sich schier unaufhaltsam, die Prognosen für Stadthagen sind düster. Das Krankenhaus machte im vergangenen Jahr dicht. Der Weg in die nächste Klinik ist weit. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte ist rückläufig. Geht ein Mediziner in den Ruhestand, findet er oft keinen Nachfolger. Praxen schließen. Das Freibad machte schon vor einigen Jahren dicht und wurde in diesem Sommer »schmerzhaft vermisst«, wie Charlotte betont.

Hier auf dem Marktplatz von Stadthagen stehen sie oft am Infostand.

Foto:
Fabian Lambeck



»Andere Mütter verbieten ihren Kindern, auf solche Demos zu gehen, ich aber flehe meine Töchter an: Nehmt mich mit!«

Die Kommune hat kein Geld, also wird gespart, oft an der falschen Stelle. So sollen die Standgebühren für den traditionellen Bauernmarkt steigen. Viele kleine Verkäufer könnten das vertreiben. »Dabei ist das einzige, was hier wirklich läuft, der Wochenmarkt. Sonst ist die Stadt meistens leer. So spart man sich tot«, sagt Florentine. Zum Zeitpunkt des DISPUT-Besuchs kümmerte man sich im Kreisverband um die Pflegekampagne. Die überdimensionale Figur der sechsarmigen Petra, die als Maskottchen die Kampagne begleitet, wurde auch in Stadthagen erwartet.

Doch wie reagieren die Menschen

hier auf einen Infostand der LINKEN? »So richtig angepöbelt wurden wir noch nicht«, sagt Maria. Während man »bei den intelligenten Damen über 70« überraschend viel positives Feedback bekommt, seien junge Menschen »zwischen 20 und 30« ganz schwer anzusprechen. Charlotte widerspricht. »Viele haben es halt eilig, wenn sie durch die Stadt laufen und außerdem tragen viele Kopfhörer«. Sie hat jedenfalls nicht das Gefühl, dass ihre Generation besonders unpolitisch oder desinteressiert sei.

Viele Passanten würden die Forderungen der LINKEN zwar begrüßen, doch bekomme sie dann oft zu

hören, »das kann doch keiner bezahlen«, so Maria. »Dabei existiert doch für jede Forderung ein Finanzierungsvorschlag. Das ist gut durchgerechnet«, sagt die Steuerfachangestellte. »Und dass nur die Besserverdienenden zur Kasse gebeten werden, wollen viele nicht verstehen. Es will nicht in die Köpfe rein, dass sich ohne Umverteilung nichts verbessern wird«, beklagt sie und sieht »die Entwicklung, dass alles noch ein schlimmer und krasser wird« mit großer Sorge: »Wenigstens möchte ich später meinen Kindern und Enkeln sagen können, ich habe versucht, etwas dagegen zu tun.« ◀





Foto: DIE LINKE

■ ■ **Hamburg:** Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen leisten Hamburgs Stadtteilschulen herausragende pädagogische Arbeit, wie aus einer Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hervorgeht. So bringen an Stadtteilschulen zwar weniger als fünf Prozent der Fünftklässlerinnen und Fünftklässler eine Gymnasialempfehlung mit, gut 30 Prozent aber verlassen sie mit dem Abitur. »Die neuen Zahlen belegen die enorme pädagogische Leistung der Lehrkräfte an den Stadtteilschulen. Sie belegen aber auch die enorme soziale Spaltung, unter der das Hamburger Schulsystem leidet«, sagt Sabine Boeddinghaus, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. So werden, auch das ist Ergebnis der Anfrage, nach wie vor nur sehr wenige Kinder aus bildungsnahen Familien an Stadtteilschulen angemeldet. Vor allem in sozial belasteten Gebieten müssen die Stadtteilschulen eine enorme Mehrarbeit leis-

ten, da sie deutlich höhere Inklusionsquoten – weit über 10 Prozent – aufweisen als die Gymnasien. Boeddinghaus: »Die ungleiche Verteilung schreibt die soziale Spaltung der Stadt in den Bildungswegen der Kinder und Jugendlichen fort.«

■ ■ **Bremen:** Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft hat den Senat nach den sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnissen in den öffentlichen Dienststellen gefragt. Die Antwort des Senates zeigt einen drastischen Anstieg des Instrumentes der sachgrundlosen Befristung: Die Zahl dieser Arbeitsverträge hat sich von 185 im Jahr 2015 auf 290 in 2018 erhöht. Der Anteil der sachgrundlosen Befristungen an allen befristeten Arbeitsverträgen liegt mittlerweile bei 43,6 Prozent. Kristina Vogt, Vorsitzende der Linksfraktion, kritisiert: »Auf Bundesebene setzt sich die SPD öffentlichkeitswirksam für ein Verbot der sachgrundlosen Befristungen ein, in Bre-

men nutzt der Senat das gleiche Instrument aber selbst ausgiebig. Damit wird der öffentliche Dienst seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber in keiner Weise gerecht, sondern treibt die Entgrenzung von Arbeitsverhältnissen im eigenen Verantwortungsbe- reich voran. Das Rathaus muss diese Entwicklung unverzüglich stoppen und auf sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst vollständig verzichten.«

■ ■ **Sachsen-Anhalt:** Die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen veröffentlichte vor Kurzem ihre Auswertung der Lohnentwicklung in Sachsen-Anhalt. Dazu erklärten die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Doreen Hildebrandt und der gewerkschaftspolitische Sprecher Andreas Höppner: »Die aktuelle Lohnentwicklung sehen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Natürlich ist der Anstieg um fast ein Drittel in den letzten zehn Jahren ein erfreuliches Signal.

Jedoch bewegen wir uns dabei immer noch auf einem zu niedrigen Niveau – vor allem in Sachsen-Anhalt, aber auch in ganz Ostdeutschland«. Eine tatsächliche Angleichung der Löhne in Ost und West sei nach wie vor in weiter Ferne. Insbesondere für Sachsen-Anhalt sei das problematisch, so die beiden Linkspolitiker, da es so schwerer sei, »Fachkräfte zu gewinnen und so nicht verhindert werden kann, dass Arbeitskräfte abwandern«. DIE LINKE sieht sich in ihrer bisherigen Politik bestätigt, nämlich für betriebliche Mitbestimmung, starke Gewerkschaften und einen Mindestlohn einzutreten. Die Fraktion DIE LINKE wird sich auch weiterhin dafür stark machen.

■ ■ **Nordrhein-Westfalen:** In der vergangenen Woche hat die Partei »Die Rechte« vor mehreren Dortmunder Schulen ein Heft getarnt als Schülerzeitung verteilt. Darin werden die Schüler unter anderem aufgefordert, linke Lehrer zu denunzieren und an eine angegebene E-Mail-Adresse zu melden. »Auch wenn das rechte Pamphlet nicht auf, sondern vor dem Schulgelände verteilt wurde, so muss die Stadt Dortmund hier hart durchgreifen. »Die Rechte« ist keine Partei wie jede andere: In ihren Reihen tummeln sich Holocaustleugner, mehrfach verurteilte Straftäter und sie tragen offen ihr faschistisches Gedankengut

Schlag ins Gesicht

nach außen. Hier geht es nicht um politische Information, sondern um rassistische Hetze. Und der sollte nirgendwo Raum geboten werden – schon gar nicht vor Schulen!«, sagt Sonja Neuhaus, schulpolitische Sprecherin der LINKEN NRW. Wie auch die Landesschüler*innenvertretung NRW fordert DIE LINKE die Schulleitungen auf, den Inhalt der Flyer im Unterricht zu thematisieren und nicht unter den Tisch fallen zu lassen. DIE LINKE will für Landtagswahlen das Wahlalter auf höchstens 16 Jahre senken und fordert eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern:** »Der Unmut von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern zu den Straßenausbaubeiträgen manifestiert sich in den Tausenden Unterschriften zur Volksinitiative Faire Straße«, erklärte die finanz- und kommunalpolitische Sprecherin der Linksfraktion MV, Jeannine Rösler, anlässlich der Übergabe der Unterschriftensammlung der Volksinitiative Faire Straße. »Dieses starke Signal der Willensbekundung kann hilfreich sein, das Kommunalabgabengesetz in absehbarer Zeit zu ändern. Die Forderungen der Volksinitiative sind nachvollziehbar, denn die Zeiten, in denen Straßen als individueller Vorteil der

Streit unter Senioren endet mit Schlag ins Gesicht«, »Das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinitiativen«, »Polizist schlägt 14-Jähriger brutal ins Gesicht«, »Schlag ins Gesicht für alle Bürger«: Diese lose Auswahl aktueller Schlagzeilen scheint nicht nur zu belegen, dass die Gesellschaft immer weiter verroht, sondern mit ihr auch unsere Sprache. Die Floskel vom »Schlag ins Gesicht« findet sich längst im Inventar eines jeden Pressesprechers und Kommentators. Wobei sich beim aufmerksamen Medienbeobachter der Eindruck einstellt, dass die Schläge schon bei wichtigsten Anlässen ausgeteilt werden. Mal ist es die Fahrpreiserhöhung der örtlichen Nahverkehrsbetriebe, mal die Schließung einer Bäckerei-Filiale und selbst die Konzertsabsage eines nur mäßig bekannten Sängers ist bereits ein »Schlag ins Gesicht seiner Fans«. Die Metapher wird so inflationär gebraucht, als müssten wir uns tagtäglich grün und blau geschlagen durch den öffentlichen Raum kämpfen. Doch wo liegen die Ursprünge dieses sprachlichen Brutalität? Dafür müssen wir weit zurückgehen in die Zeit, in der man sich in deutschen Landen noch aus wichtigsten Anlässen duellierte. Wer ein solches Duell provozieren wollte, der musste seinem Kontrahenten mit einem Stoffhandschuh ins Gesicht schlagen. Dieser Fehdehandschuh, den man auch heute noch in vielen Pressetexten entweder aufnimmt oder hinwirft, war das Accessoire, das dabei zum Einsatz kam. Der »Schlag ins Gesicht mit dem Fehdehandschuh« oder besser noch die »schallende Ohrfeige mit dem Fehdehandschuh« wäre somit die schwerste aller möglichen Provokationen. Richtig gefährlich wird es aber, wenn Boxer den Fehdehandschuh werfen. So geschehen etwa im Jahre 2012, als der Boxer Vitali Klitschko dem amtierenden ukrainischen Staatspräsidenten Viktor Janukowitsch »den Fehdehandschuh hingeworfen« hatte.

Fabian Lambeck

Anlieger galten, sind lange vorbei. Eine bessere Straße heißt heute auch mehr Verkehr und damit mehr Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner. Es wird zunehmend als ungerecht empfunden, dafür dann auch noch kräftig zur Kasse gebeten zu werden«, so Rösler. Schon jetzt sei aber klar, dass es einfache Lösungen nicht geben werde. »Meine Fraktion setzt vor allem auch auf die Erfahrungen der Bundesländer, in denen auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bereits verzichtet wird«, erklärte Rössler.

■ ■ **Saarland:** Die Saarbrücker LINKE hat Jürgen Trenz aus Friedrichsthal am vergangenen Wochenende zum Spitzenkandidaten der Regionalversammlung gewählt. Damit führt der 66-jährige Groß- und Außenhandelskaufmann zum dritten Mal die Gebietsliste der LINKEN an. Außerdem wurde ein umfangreiches kommunalpolitisches Programm für die Kommunalwahl 2019 verabschiedet. »Wir wollen die große Koalition im Saarbrücker Schloss überwinden. SPD und CDU haben sich gemütlich eingerichtet und sind in puncto Farblosigkeit nicht mehr zu überbieten«, so Trenz. »Es wird nur noch verwaltet und so gut wie nicht mehr gestaltet. Mit anderen Mehrheitsverhältnissen ist aber ein Politikwechsel möglich, der den sozialen Interessen vieler Bürgerinnen und Bürger deutlich näherkommen kann.

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

Mut zum Kontrollverlust

Im Vorfeld der Landtagswahl lässt die sächsische LINKE ihre Mitglieder über die Spitzenkandidatur und Themen abstimmen **VON MARCUS BOËS**



Foto: DIE LINKE.Sachsen

Partizipation, Basisdemokratie – schöne Worte, die das Selbstverständnis, die DNA, einer progressiven LINKEN prägen. Gern verstehen wir uns als Partei, die mittels basisdemokratischer Prozesse entscheidet. Sicherlich, in vielen Bereichen haben wir einen höheren Grad der Beteiligung, als es in anderen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen Alltags üblich ist. Dennoch werden Richtungs- oder Personalentscheidungen oftmals von einem repräsentativen Gremium getroffen, ohne weite Teile der Mitgliedschaft einzubeziehen. Hierfür gibt es gute, pragmatische Gründe: Den Faktor Zeit, mangelnde Ressourcen oder den Umstand, dass das Prinzip der repräsentativen Demokratie ein praktikabler und akzeptierter Weg ist, um Abstimmungen durchzuführen. Dennoch ist der Ruf nach direkterer Beteiligung allgegenwärtig. Stets fordern wir auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene die Ausweitung von direkter Demokratie. Stichwort: Volksentscheide.

Was also tun? Wie ist es möglich, diesem selbstverorteten Ziel gerecht zu werden? Wie können Mitglieder stärker eingebunden werden? Ist ein Mitgliederentscheid denkbar? Und wenn ja, wie könnte dieser aussehen?

Ausgehend vom eigenen Anspruch und der Gemengelage der anstehenden Wahlen, insbesondere der Landtagswahl 2019, war schnell klar, dass dies der perfekte Anlass wäre, die gesetzten Ziele anzugehen. Die Idee: Die Entscheidung über Spitzenkandidatur und Themenauswahl in die Hände der Mitglieder zu legen. Das Ziel: größtmögliche Mitbestimmung der Basis. Denn wenn wir gesellschaftliche Forderungen nach Volksentscheiden erheben, wäre dies der richtige Moment, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Um diesem selbst gewählten Anspruch gerecht zu werden, hat der Landesverband Sachsen ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung und Ausgestaltung entwickelt. Von Oktober bis Mitte November sind die Mitglieder eingeladen, sich auf 13 Regionalkonferenzen auszutauschen und thematische Vorschläge einzubringen. Anschließend werden in einem Mitgliederentscheid – beziehungsweise einer Mitgliederbefragung – Spitzenkandidatur und Schwerpunktthemen bestimmt. Praktisch wird dies mittels einer Briefwahl realisiert. Die öffentliche Auszählung der Briefwahl sowie Bekanntgabe der Ergebnisse wird am 1. Dezember 2018 erfolgen. Geplant ist, dass basierend auf den

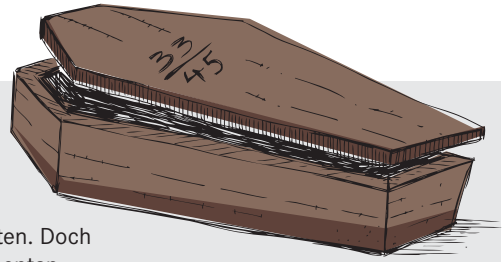
Ergebnissen, am Ende über eine Auswahl von sieben Thesen und den/die Spitzenkandidatin abgestimmt wird. Anschließend sollen am 8. Dezember 2018 auf einem Landesparteitag die Spitzenkandidatur vorgestellt und die Thesen final beschlossen werden.

Die Entscheidung, 13 Regionalkonferenzen durchzuführen, resultiert daraus, dass der Landesverband Sachsen aus 13 Kreis- und Stadtverbänden besteht. Um alle einzubinden, ist es folgerichtig, in jedem Kreis- und Stadtverband eine Konferenz zu veranstalten.

Auf den einzelnen Konferenzen werden in einem ersten Schritt in kleineren Gruppen Themen und Herausforderungen gesammelt. Nach einer ersten Favorisierung von sieben Themen in den Gruppen wird durch alle Anwesenden eine erneute Verengung vollzogen werden, die in wiederum sieben Thesen mündet, die dann noch auf der Konferenz weiter bearbeitet und diskutiert werden. Die Favorisierung erfolgt jeweils durch ein Punktesystem. Die sich hierdurch ergebende Gewichtung der Thesen wird am Ende der Regionalkonferenzen ein Ranking ergeben. Basierend auf diesem, wird eine Antrags- und Redaktionskommission die Thesen sichten, auf 15 reduzieren, aus denen per Mitgliederentscheid die sieben Thesen gewählt werden, die dem Landesparteitag formal zum Beschluss vorgelegt werden.

Dieses Verfahren erfordert, wie unsere Landesvorsitzende Antje Feiks auf dem letzten Landesparteitag im August sagte, »Mut zum Kontrollverlust«. Aber gerade als Partei mit basisdemokratischem Anspruch steht uns dieser Kontrollverlust gut zu Gesicht. Das ist Politik zum Mitmachen und Mitbestimmen. Das ist zeitgemäße Politik. Das ist linke Politik, wie sie sein soll, wie sie sein muss. ◀

Marcus Boës war Pressesprecher des Landesverbands der LINKEN in Sachsen



Die meisten Politiker und Meinungsmacher unseres Landes schwafeln immer noch – auch nach Chemnitz – von »Fremdenfeindlichkeit«. Als würden hier kleinwüchsige Japaner, blonde Dänen und französische Feinschmecker angefeindet und rausgeekelt. Aber die verbalen und gewalttätigen Attacken der rechtsnationalen Populisten zielen stets auf Menschen anderer Hautfarbe, anderen Glaubens und anderer Herkunft. Das ist brauner Rassismus mit schwarzer Krawatte! BILD geifert über »linke und rechte Extremisten«, obwohl damit viele »Normalbürger« beleidigt und kriminalisiert werden. Wenn die Diagnose falsch ist, muss die Therapie versagen. So kommen wir nicht an die Krebsgeschwüre dieser Gesellschaft! Der Fisch fängt immer am Kopf an zu stinken. Oder wie Goethe im »Faust« schrieb: »Was ihr den Geist der Zeiten nennt, das ist im Grund der Herren eigner Geist.« In Bonn hatte man sich, von Adenauer und Globke bis Strauß und Kiesinger, die »geistige Entrümmung« des Nazireiches sehr leicht gemacht. Mit dem 131er Gesetz von 1951, das die Weiterbeschäftigung »unschuldiger Mitläufer« verlangte, zogen 2.300 Stützen und Diener Hitlers in die Korridore der Macht am Rhein: Generale und Richter, Rüstungs-Manager und Chefredakteu-

re, Professoren und Diplomaten. Doch dann verkündeten die Repräsentanten von Kohl bis Gauck: Wir sind wieder wer!

Wir müssen nicht haften für die Schandtaten der Vorfahren. Wir müssen uns an der Seite der USA einbringen – ökonomisch, politisch und militärisch!

Doch nun steigt bei den leidgeprüften Nachbarvölkern wieder Angst und Misstrauen auf: Was ist da los in Deutschland? Wo kommt das her? Doch keiner der Regierenden gibt zu: Das war nie ganz weg! Aber wir haben weggeguckt. So konnten die giftigen Pflanzen mit Braunfäule wuchern! In Chemnitz wurde das gut vernetzte Syndikat der großen Extremisten-Verbände sichtbar: AfD und NPD, Pegida und Heimmattreue, Reichsbürger und Identitäre. Da stieg der ganze Nazi-Mief als »Geist aus der Flasche«. 6.000 Braunkarierte waren aufmarschiert. Ihre Sprechchöre grölten: »Ausländer raus! / Wir sind das Volk! / Lügenpresse! / Merkel muss weg!« Manche zeigten den Hitlergruß. Ein ganz Eifriger mit Hut in Nationalfarben stoppte TV-Journalisten. Er arbeitet sonst für das Landeskriminalamt. Die Polizei stand Spalier gegen die Proteste der Antifaschisten und besorgten Bürger. Das alles geschah in Sachsen, wo die AfD bei den letzten Bundestagswahlen mehr Zweitstimmen als die CDU gewonnen hatte. Im Berliner Parlament wurden die Rechtsaußen so Oppositionsführer. Begleitet von Umfragen, dass 25 Prozent der

Wählerinnen und Wähler auf starke Führer hoffen, die nach der Flüchtlingskrise für Ordnung sorgen. In Ostdeutschland wurden ab 1990 über 80 Prozent aller Führungspositionen durch importierte Chefs und »Entwicklungshelfer« aus dem Westen besetzt. Die betrieben im Namen der Marktwirtschaft einen radikalen Abbau der Industrie und des Kulturlebens, wodurch Millionen Menschen sozial entwurzelt wurden. Drum kann man weder Dresden noch Chemnitz oder dem Freistaat Sachsen alle Schuld für Aufmärsche geben. Das hat viel mit den Paten aus Bayern, Hessen und Holstein zu tun. Pegida und die AfD wurden zum Auffangbecken für jene »Wutbürger«, die auf »blühende Landschaften« und vertrauenswürdige Politiker warten. Sie fordern demokratische Mitsprache. Aber die Weichen sind auf einen autoritären Kurs nach Rechts gestellt. Die AfD ist der Rammbock, hinter dem die etablierten Parteien weiter nach Rechts rücken können. Der Beifall der ausländischen Geistesbrüder ist laut. Früher sagte man: »Wenn das der Führer wüsste!« Immerhin gaben 65.000 Menschen beim Protest-Konzert in Chemnitz eine antifaschistische, solidarische und unüberhörbare Antwort.

Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

**Der Geist
und die
Flaschen**

Regierungssozialisten

Im Oktober 1918 erhielt Deutschland erstmals eine dem Parlament verantwortliche Regierung, doch die Revolution ließ sich so nicht mehr aufhalten **VON RONALD FRIEDMANN**

Am 29. September 1918 musste General Erich Ludendorff, der starke Mann in der deutschen Obersten Heeresleitung (OHL), dem Kaiser mitteilen, dass nur durch den sofortigen Abschluss eines Waffenstillstandes der Zusammenbruch der Front noch verhindert werden könnte. Bei dieser Gelegenheit forderte Ludendorff nachdrücklich, was die OHL zuvor stets vehement abgelehnt hatte: Deutschland sollte eine dem Parlament verantwortliche Regierung erhalten, in der auch die bis dahin oppositionellen Parteien, einschließlich der SPD, vertreten sein sollten. Diese Regierung, und nicht die OHL, würde offiziell um den Waffenstillstand er-

Betreuung der gegnerischen Kriegsgefangenen gespielt.

In der SPD gab es zunächst heftige Auseinandersetzungen um das Angebot zum Regierungseintritt. Doch letzten Endes setzte sich der Parteivorstand Friedrich Ebert durch: »Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Russland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, dass eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir

Wege«, d.h. die Änderung von Äußerlichkeiten und Lappalien, um den Kern und das Wesen der alten Klassenherrschaft zu retten, um einer radikalen, wirklichen Erneuerung der Gesellschaft durch die Massenerhebung vorzubeugen«. Sie sah voraus, dass Scheidemann und Bauer, »noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende deutsche Arbeiter enden werden. Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg«. Die nachfolgenden Ereignisse sollten ihr recht geben.

Am 4. Oktober 1918 übermittelte Reichskanzler von Baden ein Waffenstillstandsgesuch. Doch sehr schnell wurde deutlich, dass die Bildung der neuen – parlamentarischen – Regierung als Zugeständnis an die Westmächte nicht ausreichend war. Bis Ende Oktober 1918 folgten deshalb weitere Maßnahmen, wie die Abberufung Ludendorffs aus der OHL. Doch das größte Hindernis für ein Ende des Krieges war und blieb Kaiser Wilhelm II. Allerdings war der Monarch noch immer nicht zum Rücktritt bereit.

Am 3. November 1918 begann mit dem Aufstand der Kieler Matrosen die Novemberrevolution. Fünf Tage später wurde Bayern als erstes deutsches Land zur Republik. Am 9. November 1918 schließlich wurde die Abdankung des Kaisers verkündet und die Republik ausgerufen. Reichskanzler von Baden übergab seine Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert, der mit der Übernahme der Regierungsgewalt aus der Hand des letzten kaiserlichen Reichskanzlers demonstrativ darauf verzichtete, die Legitimation für die Ausübung seines hohen Amtes aus den revolutionären Vorgängen in Deutschland zu ziehen, auch wenn sich seine Regierung als »Rat der Volksbeauftragten« bezeichnete und damit vorgab, ein Ergebnis der Revolution zu sein. ◀



Die Oberste Heeresleitung wälzte die Verantwortung auf das Parlament ab.
Foto: Pixabay

suchen und damit gegenüber der Öffentlichkeit auch die Gesamtverantwortung für die Kriegsniederlage tragen müssen.

Am 3. Oktober 1918 übernahm Max von Baden das Amt des Reichskanzlers. Seine Ernennung, so die Hoffnung in der Führung des Deutschen Reiches, würde den Westmächten den geforderten politischen Neuanfang signalisieren. Denn der neue Kanzler war nicht nur ein erklärter Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, dessen Wiederaufnahme im Frühjahr 1917 den letzten Anstoß zum Kriegseintritt der USA gegeben hatte. Er hatte auch seit Kriegsbeginn eine ehrenwerte Rolle bei der

müssen uns im Gegenteil in die Breche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, unsere Forderung durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.« Folgerichtig traten mit Philipp Scheidemann und Gustav Bauer erstmals auch zwei Sozialdemokraten in die kaiserliche Regierung ein.

Im Spartakusbrief vom Oktober 1918 beschrieb Rosa Luxemburg den »historischen Sinn und Zweck solcher »Reformministerien« in letzter Stunde [...]: Die »Erneuerung« des alten Klassenstaates »auf friedlichem



Bertolt Brecht (Lars Eidinger) mit seiner Mitarbeiterin und engen Vertrauten Elisabeth Hauptmann (Peri Baumeister) Foto: Wild Bunch Germany

■ Mackie Messer

Es ist das Jahr 1930, Bertolt Brechts »Dreigroschenoper« ist ein Welterfolg. Jetzt soll das Stück ins Kino. Der Ausnahmedramatiker setzt sich hin, um eine Vorlage fürs Drehbuch zu schreiben. Turbulenzen bleiben da nicht aus: Das Drama wird zu Drama ...

Die Pläne für die Kinofassung des berühmten Stoffs gab es wirklich, ein Film wurde 1931 fertiggestellt. Zuvor ging es allerdings in den Gerichtssaal: Die Produktionsfirma fand in der Vorlage erstaunlicherweise eine »ausgesprochen politische Tendenz« vor und kündigte dem Autor. Brecht und sein Komponist Kurt Weill erwirkten daraufhin ein Aufführungsverbot.

Regisseur Joachim A. Lang lässt die Kinogeschichte der »Dreigroschenoper« in seinem Film »Mackie Messer« wieder aufleben und es helfen ihm dabei: Lars Eidinger, Hanna

Herzprung, Joachim Król und Tobias Moretti das Personal deutscher Topbühnen.

Und man lernt auch was für den Deutschunterricht: Geht doch Tobias Moretti als Mackie öfter mal steil mit dem V-Effekt. Du hast den Bettlerchef-Unternehmer, den Großkriminellen, der in den Adelsstand erhoben wird. Das alles vor dem Hintergrund des anmarschierenden Nationalsozialismus.

Ein bisschen sehr theatralisch ist diese antikapitalistische Kritik, die mit schönen Kostümen vorgebracht wird. Nach der Vorstellung ist man ein bisschen froh, wenn die bunte Musik langsam wieder aus den Ohren rieselt und die Nerven sich entspannen. Ein Opernfilm wie eine Weltrevolution.

→ Kinostart 13. September

■ A Woman Captured

»Du bist nichts wert«: Die 53-jährige Marish wird ausgeschimpft wie ein

Kind, das etwas verkehrt gemacht hat. Was Abhängigkeiten angeht, ist die Mutter einer 16-Jährigen, deren Tochter ihren Aufenthaltsort gar nicht kennt, tatsächlich auf dem Niveau einer Minderjährigen. Die Hausangestellte einer wohlhabenden Familie in Ungarn putzt, kocht und wäscht den ganzen Tag. Als Bezahlung gibt es Essen und Zigaretten. In Ungarn leben 22.000 Menschen auf diese Weise, in der EU rund 1,2 Millionen.

Regisseurin Bernadett Tuza-Ritter hat ihre Protagonistin über ein Jahr mit der Kamera begleitet. Sie will die Menschen sichtbar machen, die weltweit in moderner Sklaverei leben. Und sie tut dies mit viel Schatten: Fast durchgängig spielt ihr Interviewfilm in abgedunkelten Räumen.

Was erhebt den einen über den anderen? Marish steht für jene Menschen, die nicht frei über ihr Leben entscheiden können. Man findet sie in Schlachthöfen, in der Pflegebranche, auf dem Bau oder als Reinigungspersonal. Gastronomie, Landwirtschaft und nicht zuletzt die Prostitution profitieren von der Schattenarbeit.

Der Film bietet einen düsteren Blick auf die Insassen dieser Ökonomie. Hier die Scheinwerfer auszurichten, ist Regisseurin wie Protagonistin gleichermaßen zu danken.

→ Kinostart: 11. Oktober 2018



ÜBER DIE DEUTUNGSHOHEIT VON DDR- BIOGRAFIEN

GELESEN VON
INGRID FEIX

INVESTITIONSSTAU

Die massiven Kürzungen von Landesmitteln beim Abschluss der Theater- und Orchesterverträge 2013/2014 führten zu erheblichen strukturellen Veränderungen bei einer Vielzahl der bestehenden Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt. Im Sinne einer qualitativ hochwertigen Theater- und Orchesterlandschaft über das Jahr 2019 hinweg stellte sich für die Fraktion DIE LINKE die Frage, inwiefern die Theaterlandschaft langfristig gesichert ist. Anhand der Zahlen aus der Großen Anfrage stellt die LINKE nun fest, »dass diese Umstrukturierungsprozesse in den drei Häusern größte Unsicherheiten bei der Planung und Finanzierung ihrer künstlerischen und kulturellen Aufgaben mit sich brachte und keinerlei positive Effekte zu erkennen sind«. Laut Anfrage besteht der Investitionsbedarf der Theaterhäuser bei etwa 37 Millionen Euro – im Landeshaushalt stehen aber lediglich 79.600 € für Investitionen zur Verfügung.

PUBLIKUMSMAGNET

Die Karl-Marx-Jubiläumsausstellungen in Trier erweisen sich als Publikums-magnet. Bislang sahen mehr als 80.000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellungen an den vier Standorten in der Geburtsstadt des großen Denkers

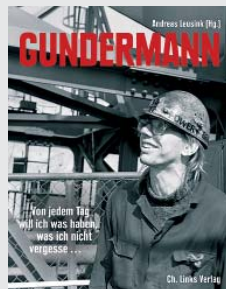
Vor Kurzem ist der Spielfilm »Gundermann« von Andreas Dresen in die Kinos gekommen, etwa gleichzeitig ist dieses Buch erschienen und ergänzt ihn gewissermaßen als Dokumentation über Gerhard »Gundi« Gundermann, den Baggerfahrer, Liedermacher, Genossen, Rebell, Spitzel, Bespitzelten, Liebenden und Abgewiesenen. »Meine Mitstreiter und ich, wir wollen die Deutungshoheit über unsere Biografien zurück«, sagt darin Regisseur Dresen im Interview und berichtet über seinen »anstrengendsten Film«, der ihm »emotional wahnsinnig viel abverlangt« hat. Auch dieses dokumentarische Buch, in dem Erinnerungen von Freunden und Mitstreitern wie seiner Frau Conny, aber auch Gespräche mit Leuten, die Gundermann und seine Lieder erst im Zusammenhang mit dem Film kennengelernt haben wie Schauspieler Alexander Scheer, vermittelt ein differenziertes Abbild einer DDR-Biografie. So liefert Ingo »Hugo« Dietrich, ehemaliges Mitglied von Gundermanns musikalischer »Brigade Feuerstein«, eine eher ungewöhnliche Ansicht aus der sozialistischen Stadt Hoyerswerda und des Lebensgefühls der Leute dort, die oft nur als pure Tristesse beschrieben werden. Breiten Raum nimmt auch Gundermanns aus Überzeugung freiwillige Stasimitarbeit ein, die für viele überraschend nach der politischen Wende bekannt wurde. Gundermann, der immer sagte, was er dachte, der Baggerfahrer blieb, bis der Betrieb geschlossen wurde, und dessen Lieder all das widerspiegeln, der sein Land liebte und es deshalb besser machen wollte, passt mit seiner Biografie nicht recht in die gängige Sicht auf das Leben in der DDR. Schon deshalb sind Buch und Film empfehlenswert, denn es wird viel über dieses Leben erzählt, das durchaus zu jeder Zeit und an jedem Ort relevant ist.

Andreas Leusink (Hg.)

Gundermann

Von jedem Tag will ich was haben, was ich nicht vergesse ...
Briefe, Dokumente, Interviews,
Erinnerungen

Ch. Links Verlag
184 Seiten, 20 Euro



und Philosophen. Dies gaben die Organisatoren bekannt. Seit dem 5. Mai sind die große Landesausstellung »Karl Marx 1818–1883. LEBEN. WERK. ZEIT.« im Rheinischen Landesmuseum Trier und Stadtmuseum Simeonstift Trier und die neu eröffnete Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus sowie »LebensWert Arbeit im Museum am Dom zu sehen. Zudem gab es eine Marx-Sommerreise: Eine täuschend echte Nachbildung von Karl Marx war unterwegs in den Innenstädten von Mainz über Marx' Studienstadt Bonn bis nach Düsseldorf. Dabei wurden die Passanten zum »Dialog« eingeladen.

BRANDSTIFTER

»Mit seinen pauschalisierenden, rassistischen Thesen gegen den Islam gießt Thilo Sarrazin erneut Öl in Feuer. Er ist ein geistiger Brandstifter«, erklärt Christine Buchholz, religionspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. In seinem neuen Buch »Feindliche Übernahme« behauptet der umstrittene Autor, das Zurückbleiben der islamischen Welt, die Integrationsdefizite der Muslime in Deutschland und Europa sowie die Unterdrückung der muslimischen Frauen seien eine Folge der kulturellen Prägung durch den Islam. »Sarrazin stellt den Islam pauschal unter Generalverdacht«.

Die Thüringerinnen und Thüringer arbeiten am Längsten – etwa 110 Stunden mehr pro Jahr als Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen. Sie sind Schlusslicht des ostdeutschen Trends. Die Menschen im Osten Deutschlands verdienen zudem 2017 mit durchschnittlich 30.000 Euro brutto ca. 5.000 Euro weniger als in den Ländern der alten Bundesrepublik. In Thüringen liegen wir mit 28.728 Euro brutto noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Ursachen sind die Wirtschaftsstruktur, eine geringe Tarifdeckung oder Ungleichheiten in der tarifvertraglichen Entlohnung. Der Ursprung dieser Entwicklung liegt in der Vergangenheit. Dazu gehört die Niedriglohnstrategie der 25 Jahre CDU-geführten Landesregierungen Thüringens. Bundesweit war es jedoch vor allem die Politik der Treuhand, die Ostdeutschland zu einem neoliberalen Experimentierfeld machte. In diesem Jahr jährt sich zum 25. Mal der Arbeitskampf in Bischofferode. Er steht für den Widerstand gegen die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und die Ungleichheit zwischen Ost und West. Die PDS unterstützte damals den Arbeitskampf und gab der Empörung und Wut politisch Ausdruck, wie DIE LINKE später der Empörung und Wut über Hartz IV Ausdruck verlieh. Inzwischen ist die Empörung geschwunden. Wut hat sich in tief sitzenden Groll verwandelt. Viele Menschen schauen besorgt und resigniert in die Zukunft. Auch daraus speist sich der Rechtsruck. Denn Menschenfeinde haben für ihren Groll ein Ventil parat: An allem Unbehagen, an jeder Angst vor der Zukunft sind jene Schuld, die vor Krieg, Not und Elend zu uns gekommen sind. Sie nehmen uns Rente, gerechten Lohn und bezahlbare Mieten. DIE LINKE in Thüringen ist deshalb überzeugt, dass eine Politik, die soziale Sicherheit spürbar werden lässt und Ängste nimmt, den Erfolg der Rechten eindämmen kann. Beim Kampf gegen die soziale Spaltung geht es auch um die Demokratie. Wir haben dabei einen Fokus: Den

Menschen zuhören, mit ihnen sprechen. Den Menschen nah sein, so Vertrauen in unsere Politik entwickeln und Hoffnung auf eine soziale und sichere Zukunft schaffen. Die Partei und ihre Mitglieder machen dies etwa an Haustüren, in der Kommunalpolitik oder in Vereinen. Unsere Abgeordneten, Minister_innen und Ministerpräsident Bodo Ramelow machen dies auf Terminen in den Regionen, in Dialogforen oder in Formaten wie »Ramelow vor Ort«. Wir alle gemeinsam kämpfen mit den Beschäftigten wie bei Siemens Erfurt, Opel Eisenach, Coca Cola Weimar oder, wie gerade in der CELENUS-Reha-Klinik an der Salza, für ihre Arbeit und gute Tarifverträge. Wir machen's gerecht! Diese Botschaft muss ankommen.

Denn unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben ein Kitajahr beitragsfrei gemacht. Wir haben Polizeibeamtinnen und -beamte und Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Wir haben ein Schulgesetz entwickelt, das vom Kind aus gedacht ist und die Schule im Dorf bleiben lässt. Wir haben die Arbeitslosigkeit in Thüringen bekämpft und auf den niedrigsten Stand seit der Vereinigung gebracht. Wir haben investiert – unter anderem in Verkehr und Wohnungsbau – und begonnen den Investitionsstau von 25 Jahren abzubauen. Und um auf den Anfang zurückzukommen: Mit einem anvisierten zusätzlichen Feiertag leisten wir ab nächstem Jahr einen Beitrag zur Verkürzung der Arbeitszeit der Thüringerinnen und Thüringer und damit zur Angleichung zwischen Ost und West.

Trotzdem bleiben Baustellen. Deshalb wollen wir weitermachen. Wir kämpfen um fünf weitere Jahre nach dem Herbst 2019. Wir kämpfen darum, dass unser Genosse Bodo Ramelow Ministerpräsident in Thüringen bleibt.

Wir glauben: Das wollen nicht nur die Menschen in Thüringen, die zu 55 Prozent mit seiner Arbeit zufrieden sind. Das ist auch wichtig für die gesamte Republik. Denn es ist nicht egal, ob in Zeiten des Rechtsrucks ein linker Ministerpräsident wiedergewählt wird.



SUSANNE HENNIG-
WELLSOW

Aus Empörung wurde Groll

Foto: DIE LINKE

Begriffe wir folgt definiert: „*Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.*“²²

Die andere wesentliche inhaltliche Grundlage des historisch materialistischen Denkens beruht auf der Tatsache, dass Bourgeoisie und Proletariat direkt durch ihre unterschiedliche Stellung zu den Produktionsmitteln (PM) aneinander gebunden sind – und zwar unabhängig davon, ob sie es wollen. Die einen sind Eigentümer der PM, die anderen diejenigen, die mit den PM in gesellschaftlicher Produktion Waren produzieren, die aus ihrem Verkauf erzielten Gewinne eignen sich die Eigentümer der PM privat an. Die neue Klasse der Proletarier, damals primär die Fabrikarbeiter, waren objektiv, also tatsächlich „frei“ – nämlich frei von Produktionsmitteln – und „frei“ in ihrer Entscheidung, welchem Fabrikbesitzer sie ihre Arbeitskraft zum Kauf anboten, aber dennoch gezwungen, also zugleich unfrei, weil sie und ihre Familien nicht ohne bezahlte Arbeit existieren konnten. Der Fabrikant war ebenfalls „frei“ in seiner Entscheidung, welchen Arbeiter er einstellte und welchen nicht, aber er musste Arbeiter einstellen, wenn er mit seinem „Eigentum Produktionsmittel“ Waren produzieren und mit ihrem Handel auf dem Markt Profite erzielen wollte. Die unterschiedliche Stellung beider Klassen zu den Produktionsmitteln prägte das Klassenbewusstsein des Bourgeois und das des Arbeiters. Sie waren aufeinander angewiesen und konnten dennoch zusammen nicht kommen. Bourgeoisie und Proletariat sind Zwillinge der Mutter Geschichte, ihre unterschiedliche Stellung zum Eigentum an Produktionsmitteln macht sie zu ungleichen Brüdern, die aber nicht voneinander lassen können. Seit ihrer Herausbildung sind sie beide die Subjekte der modernen Geschichte. Das ist

22 Von Friedrich Engels in der englischen Ausgabe des Manifests von 1888 als Fußnote eingefügt. Hier zitiert nach Manifest in MEW, a.a.O., Bd. 4, S. 462.

Wolfgang Triebel

»Proletarier aller Länder
vereinigt euch« –
Auch im 21. Jahrhundert?

Trafo Wissenschaftsverlag
204 Seiten, 19,80 EUR
ISBN 978-3-86464-173-2

